

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsdienst wird an allen Wochentagen erbracht

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Abonnementpreise monatlich (frei Haus 2,50 M., halbjährlich 12,50 M., durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-N. / Vertriebsstellen u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schiedsstelle: Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschluß: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für 10 Zeilen. Für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-N., Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 19. Juni 1929

Nummer 140

530 Millionen neue Massensteuern

Der Panzerkreuzerbau beschlossen — Ein Marinebauprogramm bewilligt — Die Arbeiter müssen zahlen — Steuergeschenke an die Kapitalisten — Garnisonen gegen die Sowjetunion

Abstimmungskomödie der Sozialdemokraten

Am Dienstag wurde im Reichstag der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung beraten. Der Finanzminister Hilferding vertrat das vom Bürgerblock übernommene Finanzprogramm. Das Steuerereinhaltungsgesetz müsse bald verabschiedet werden. Über die Lage der Arbeiter verlor Hilferding kein Wort. Der Zentrumsvizepräsident Brüning erklärte, die Ursache des jetzigen Teufels liege in dem ungedeckten Arbeitsbeschaffungsprogramm von 1926 und in der Erwerbslosenerhöhung.

Der Genosse Ende hielt mit der Finanzpolitik Hilferdings Abrechnung. Am 29. März 1928 habe der Vorsitzende der SPD, Wels, zum Etat des Bürgerblocks erklärt:

„Ablehnung der Kinderpeinigung auf der einen und Bewilligung von Millionen für militärische Spielerei auf der anderen Seite legen dem Ganzen die Krone auf.“

Heute habe die SPD alle kommunistischen Anträge gegen den Militarismus niedergestimmt. In einem Wahlzettel erklärte die SPD: „Was kostet ein falscher Stimmzettel? Tausend Mark hätten ihr sparen können, wenn ihr den richtigen Stimmzettel abgegeben hättet.“ Heute koste ein sozialdemokratischer Stimmzettel von Arbeitern 1100 Mark. Die Sozialdemokraten haben die Steuern nicht abgebaut, sondern gegenüber dem Bürgerblock um 530 Millionen Mark erhöht. Die hässliche Mehrbelastung der Massen wurde verschärft.

An Jollen kamen im Jahre 1924 356 Millionen ein, 1925 waren es bereits 590 Millionen, 1927 1200 Millionen und unter Hilferding ist diese Summe nicht abgebaut worden, sondern wird durch die neuesten Zollserhöhungspläne weiter in die Höhe getrieben.

Hilferding erhöhte noch die Tabaksteuer, erhöhte die Biersteuer, erhöhte die Einnahmen aus dem Spiritusmonopol, erhöhte die Einnahmen aus der Lohnsteuer. Demgegenüber stehen die Geschenke an die Kapitalisten. Die Fusionssteuer wurde ausgesetzt, es kam der Verzicht auf die Erhebung der Grunderwerbsteuer für die tote Hand — ein Geschenk an die Besitzenden von rund 10 Millionen — es kam die Herabsetzung der Einkünfte aus der Kapitalerwerbsteuer von 31 Millionen, die Herabsetzung der Schenkungssteuer von 14 Millionen. (Hört, hört! bei den Kommunisten) Das ist noch nicht alles! Hilferding verzichtete auf die Vermögenswachstumssteuer in Höhe von 104 Millionen.

Die Politik der Sozialdemokraten für das Trustkapital, der miserliche Wählerbetrug durch die SPD wurde besonders deutlich durch die am gestrigen Tage erfolgten Abstimmungen über die Wehrfragen.

Abgestimmt wurde zuerst über den kommunistischen Antrag auf Gewährung des Wahlrechts an die Angehörigen der Reichswehr und Reichsmarine. Die Abstimmung über diesen Antrag war namentlich und ergab seine Ablehnung mit 153 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 226 Stimmen der übrigen Parteien. Ein wesentlicher Teil der Sozialdemokraten hat sich also an dieser Abstimmung gar nicht beteiligt, obgleich ihr Fraktionsobmann, Schöpslin, in Worten ausdrücklich das Wahlrecht für die Soldaten forderte. Unter allgemeiner Spannung erfolgte dann die Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf

Streichung der zweiten Panzerkreuzerrate.

Die Abstimmung auch hierüber war namentlich und ergab seine Ablehnung mit 153 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 224 Stimmen der bürgerlichen Parteien.

Bei dieser Abstimmung hatten 40 sozialdemokratische Abgeordnete sich gedrückt und die 4 sozialdemokratischen Minister ausdrücklich rote Karten abgegeben und damit dokumentiert, daß sie für den Bau des Panzerkreuzers sind.

Diese Abstimmung lieferte den Gipfelpunkt sozialdemokratischer Deuschel. Ein Teil der Sozialdemokraten enthielt sich der Stimme, der größte Teil stimmte aus demagogischen Gründen für den kommunistischen Streichungsantrag, und die Minister, die ausführenden Organe der Sozialdemokraten, stimmten von vornherein gegen den kommunistischen Antrag.

Schon bei der nächsten Abstimmung sollte das widerliche Komödientenspiel der Sozialdemokraten vollkommen entlarvt werden. Die Kommunisten hatten den Antrag gestellt, die im Marinetat eingelegte Rate von 8,9 Millionen Mark für den Bau des Panzerkreuzers „Rön“ zu streichen.

In namentlicher Abstimmung über diesen Antrag stimmten die Sozialdemokraten geschlossen mit den bürgerlichen gegen den kommunistischen Streichungsantrag. Sie bekundeten durch diese Abstimmung ausdrücklich ihr Einverständnis mit der deutschen Marineaufrüstung.

Das Abstimmungsergebnis war hier 44 Stimmen für den kommunistischen Streichungsantrag und 331 Stimmen dagegen.

Alle Streichungsanträge der kommunistischen Fraktion zu den einzelnen Positionen im Reichswehretat wurden von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen niedergestimmt. Auch der kommunistische Antrag, die Uebertragbarkeit der Summen zu streichen, wurde von derselben Einheitsfront abgelehnt. Die Sozialdemokraten erklärten sich dadurch auch für die Verschleierung im Etat und für die illegale Aufrüstung.

Angenommen wurde der Antrag der Wirtschaftspartei, der von der Regierung die Vorlegung eines ganzen Marineprogramms auf längere Sicht verlangt. Mit der Annahme dieses Antrages wurde bereits das Einverständnis des Reichstages mit dem Bau der ganzen Panzerkreuzerflotte gegeben.

Angenommen wurde auch der deutschnationale Antrag, alle Garnisonen in den östlichen Grenzgebieten ausstreifen zu lassen. Angenommen von Sozialdemokraten bis Deutschnationalen wurden auch alle im Etat vorgesehenen Ausgaben für Lärnungs- und Rebellungsveruche.

Die Kommunisten hatten ein Mißtrauensvotum gegen den Reichswehrminister Groener eingebracht, die Abstimmung hierüber ist für die Arbeiterklasse äußerst lehrreich. Wieder ist es die Einheitsfront von den „linken“ Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, die dem Kriegsminister der Hermann-Müller-Regierung ausdrücklich ihr Vertrauen ausspricht. Groener wird dieses Vertrauen zu würdigen wissen durch eifrige Fortsetzung seiner Aufrüstungspolitik.

Diese Abstimmungskomödie der Sozialdemokraten hat den Arbeitern wieder die Rolle der SPD gezeigt.

Die Sozialdemokraten, deren Minister für den Panzerkreuzerbau stimmen, vollführen die imperialistische Aufrüstung des deutschen Kapitals. Sie bereiten den neuen imperialistischen Krieg vor. Deswegen führen sie in Deutschland ihren Terror durch, deswegen verbieten sie die Zeitungen der kommunistischen Partei, damit die Arbeiter die Taten der SPD nicht erfahren.

Jeder Tag bestätigt aber den Arbeitern, daß die SPD mit den Interessen des Proletariats nichts gemein hat. Macht Schluß mit der Partei des Arbeiterbetrugs, der Massensteuern, des Panzerkreuzerbaus und der Kriegsausrüstungen. Nur die KPD ist die Partei der proletarischen Massen, werdet Mitglieder der kommunistischen Partei. Organisiert die Demonstrationen gegen den imperialistischen Krieg am 1. August 1929.

Der Reichstag mit Tarifierhöhungen bei der Reichsbahn einverstanden

Berlin, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Am Montagmittag fanden im Reichstag die Abstimmungen zum Verkehrsetat statt. Die Kommunisten hatten den Antrag gestellt, die Reichsregierung aufzufordern, bei der Reichsbahn-WG dahin zu wirken, daß keine Erhöhungen der Güter- und Personentarife eintreten. Dieser Antrag wurde von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen abgelehnt. Dagegen wurde der kommunistische Antrag zur Verbesserung der Lage der Eisenbahner, zum Ausbau des Mittelstandsanfahrs abgelehnt. Angenommen wurden dagegen von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen alle Summen für den Luftetat, die Summe für den Nürnbergring und die Summen zur Ausbildung der Flieger.

Der Weddinger Parteitag / Von Hermann Kemmele

Selten hat ein Ereignis im Leben unserer Partei die Verbundenheit des revolutionären Bortrupps mit den Gesamtmassen und den Hauptkämpfen des Proletariats so stark in Erscheinung treten lassen, wie der Weddinger Parteitag vom 8. bis 16. Juni 1929. Das lag nicht nur an der Lage des Tagungsortes, mitten im Herzen des roten Weddinger, unmittelbar an der Stätte, wo die Barrikadenkämpfe vom 1. bis 4. Mai stattfanden, das zeigte sich vor allem in den unzähligen Delegationen, Telegrammen, Briefen usw. aus allen Teilen des Reiches. Es gab wohl keine neunenswerten Groß- oder Riesenbetriebe in Deutschland, dessen Belegschaft nicht zu unserem Parteitag gesprochen hätte. Und nicht nur einfache, ländliche „Begrenzungen“, nein, die ausgebeuteten und unterdrückten Lohnsklaven sagten der obersten Parteinstanz oft in ganz drastischer Weise, was sie von der Tagung ihrer Vertreter und Abgeordneten verlangten. Die meist kühne und revolutionäre Sprache, mit der sich die Betriebsbelegschaften an den Parteitag wandten, zeigte das große sets im Steigen begriffene Vertrauen, das die Partei in den Massen des deutschen Proletariats besitzt.

Seit Bestehen der Partei hatten wir noch keinen Parteitag, der so wie der Weddinger, aus Betriebsarbeitern zusammengesetzt war. Bei den 217 Delegierten, die die Parteimitgliedschaft zum Parteitag entsandte, befanden sich nur 25 Parteileitungsglieder, dagegen 132 Arbeiter aus den Großbetrieben (darunter 76 Betriebsräte gegen 8 und 91 Gewerkschaftsfunktionäre gegen 66 auf dem Essener Parteitag). Von den 26 weiblichen Delegierten (in Essen 5) waren 16 Arbeiterinnen aus Betrieben (in Essen keine); unter den „sonstigen“ Delegierten befanden sich 10 Frauen (Mitarbeiterinnen), Kleinbauern, Landarbeiter und Arbeitslose, die nicht zu den Betriebsdelegierten zählten. Diese Zusammenkunft des Weddinger Parteitages gab ihm das stark proletarisch-revolutionäre Gepräge. Noch zu keinen Zeiten (selbst in Perioden revolutionärer Hochflut) hatten wir keinen Parteitag, auf dem die Delegierten so kompakt und ausdauernd den Verhandlungen gefolgt sind.

Keine Neben- und Sonderkonferenzen, keine privaten Unterhaltungen, keinerlei Vorgänge von außen konnten die äußerst große Aufmerksamkeit, mit der die Delegierten sowohl den Referaten, wie den Diskussionen folgten, von den zur Erörterung stehenden Problemen ablenken. Trotz der hundertlangten Referate herrschte die gespannteste Aufmerksamkeit und die regsamste geistige Erfolgshaft, was die Unterstreichungen durch Beifall oder Zwischenrufe der Delegierten zu den Referaten auf das lebhafteste bekundeten.

Eine Versammlung der besten Vertreter des deutschen Proletariats, die alle ihre Kräfte einsetzten, um die Waffen der deutschen Arbeiterklasse zu schärfen und unüberwindlich zu machen. Dieser Charakter des Weddinger Parteitages war ohne Zweifel dieier Charakter keine soziale Zusammenkunft. Die starke Ver-

treten der Arbeiter aus den Betrieben, der proletarischen Funktionäre aus Gewerkschaft und Werkstatt auf dem 12. Parteitag, die Vertretung von Arbeiterinnen, Landarbeitern und proletarischer Jugend — diese Zusammenkunft gab der Arbeit des Parteitages ihren Stempel. „Der Parteitag im Weddinger war kein Parteitag der Minister und Exzellenzen, keine Tagung der Parteipräsidenten und Arbeitermörder, der Gewerkschaftsbürokratie und kapitalistischen Staatsfunktionäre. Nicht Ruhmriecher der kapitalistischen Ausbeuterrepublik, nicht Pfänder und Postenjäger, die es nach der Staatskrippe gelüftet, traten hier zusammen, wie es auf dem Magdeburger SPD-Parteitag der Fall war — nein, der Weddinger Parteitag war eine Tagung der deutschen Proletarier selbst!“ (Manifest des Parteitages).

Der 12. Parteitag stand in seinen äußeren Erscheinungen, in seiner Umgebung und in seinem inneren Gehalt ganz unter dem Eindruck des verschärften Klassenkampfes, der großen internationalen Zuspitzungen, der Vorbereitungen und Kämpfungen der imperialistischen Weltmächte zum Krieg gegen die Sowjetunion und der im Zeichen der verschärften Klassenkämpfe aufsteigenden revolutionären Welle. Die zentrale Achse der Verhandlungen bildeten daher ganz naturgemäß die verschärften Kampfmethoden und Kampfmittel des deutschen Proletariats gegen den Klassenfeind, gegen die gesteigerte Offensive des Trustkapitals und gegen die sozialfaschistische Entwicklung der kapitalistischen Staatsgewalt. Die zentralen Aufgaben und das Ziel des proletarischen Klassenkampfes waren gerichtet auf den Kampf um die Eroberung der Mehrheit bzw. der Hauptkämpfe der deutschen Arbeiterklasse für den revolutionären Klassenkampf unter Führung unserer Partei.

Diesen Hauptproblemen des Kampfes um die Hegemonie in der deutschen Arbeiterklasse wurden alle Fragen der lebendigen Politik der Partei, sei es auf dem Gebiet der Gewerkschaften, auf dem Gebiet der Wirtschaftskämpfe, der Betriebsrätewahlen usw. untergeordnet.

Der alles überragenden Bedeutung des Problems der Hegemonie für die Partei stellt aber auch der Klassenkampf seine entscheidende Taktik und Politik terroristischer Maßnahmen gegenüber. Der Entwicklung der Sozialdemokratie vom Sozialchauvinismus der Kriegszeit zum Sozialimperialismus in der ersten und zweiten Periode ihrer Nachkriegsentwicklung folgt nunmehr in der dritten Periode die Etappe der Entwicklung zum Sozialfaschismus, d. h. die Anwendung faschistischer, terroristischer Unterdrückungsmethoden gegenüber der revolutionären Klassen durch Ausübung der im Besitz der Sozialdemokratie befindlichen Staatsgewalt. Die engste Verflechtung des Reformismus und der sozialdemokratischen Bürokratie in den Gewerkschaften und Massenorganisationen des Proletariats mit der trustkapitalistischen Staatsmacht und den Unternehmerverbänden, das vollkommene Preisgeben jedes selbständigen proletarischen

Charakter der Arbeiterbewegung und Übergang Versippung und Verharmlosung mit der bürgerlichen Gesellschaft haben ihren motorischen Antrieb in dem immer stärkeren Schwanden des Einflusses des Reformismus in den Hauptströmungen des deutschen Proletariats. Die bürgerliche Bourgeoisie in Berlin, das Verbot des KAPD, das hebenwichtige Verbot der "Koten Jahre", die zahllosen Verbote der kommunistischen Provinzpresse, die wiederholten Androhungen des Verbotes der kommunistischen Partei, die alles übertreffende Lügen- und Verleumdungskampagne gegen die KAPD um zu zeigen mit aller Schärfe den konterrevolutionären imperialistischen Kurs der Staats- und Parteipolitik der gesamten Bourgeoisie unter Führung des Sozialfaschismus. Und so geht es weiter auf diesem Weg. Massenhafte Geisteskrankheiten, die die Kriegsgelüste und die Gelüste des Verleumdungsmanövers in das "normale Recht" verwandelt, Gesetze der Kulturentartung, die Verpfändung der Schulen und andere mittelalterliche reaktionäre und konterrevolutionäre "Reformen", die in den Parlamenten zur Verabschiedung stehen, feiern die Wiedergeburt der dunkelsten, reaktionärsten Zeiten der Vergangenheit. Politisch ist Imperialismus der Drang nach Gewalt und Reaktion" (Lenin).

Der Hauptreferent des Parteitages, der Genosse Thälmann, hat in seiner lehrstündigen meisterhaften Rede den ganzen historischen Untergrund dieses Entwicklungsprozesses des deutschen Imperialismus, an dessen Ausgangspunkt große revolutionäre Erschütterungen und gleichzeitig die Organisierung und Vorbereitung auch des deutschen Imperialismus zum Kriege gegen die Sowjetunion stehen, nachgewiesen, wie zwangsläufig hier die sozialfaschistische Entwicklung der gesamten Weltentwicklung vorangeht. Das Referat des Genossen Thälmann, sowie das Referat über Krieg und Revolution haben keinen Zweifel darüber gelassen, welches an diesen großen historischen Wendepunkten der kapitalistischen Entwicklung die Aufgaben und Pflichten der Kommunisten sind. Gestützt auf die Beschlüsse des 4. KAPD-Kongresses und des 6. Weltkongresses der Komintern weisen die Referate des Parteitages den Weg, den das revolutionäre Proletariat in dieser schwierigen, ersten Situation zu gehen hat. Die Beschlüsse des Weddingener Parteitages, die umfassenden Resolutionen, die als propagandistische Leitfäden für die Parteiarbeit der nächsten Zukunft geschaffen wurden, geben der Partei die Waffen über das politische und strategische Handeln in allen Wechselstellungen des komplizierten revolutionären Klassenkampfes. Ebenso waren es das Referat und die Thesen über die Gewerkschaftsarbeit und die Strategie bei den Wirtschaftskämpfen, die auf das konkreteste die Aufgaben für den Tageskampf des revolutionären Proletariats stellten und der Partei auf alle brennenden Fragen auf diesem Gebiete eine feste Marschroute gaben.

Dem ganzen Ernst der Situation entsprechend, in Erwartung der schwersten, härtesten Klassenkämpfe, unmittelbarer großer, weltgeschichtlicher Ereignisse sah der Parteitag als eine seiner wichtigsten Aufgaben die Herausbildung eines festen, einheitlichen, nach keiner Seite hin schwankenden Blocks von der obersten Führung bis in die untersten Parteiglieder. Dieser Ernst der Situation war es, der den Parteitag zwang, ohne alle Kompromisse und Verleumdungen, ohne die geringsten Zugeständnisse an oppositionelle Strömungen und Gruppierungen, wie es die Verhörer sind, restlose Unterordnung und Eingliederung, oder Ausscheidung aus der Partei zu fordern. Zum ersten Male in der Geschichte der Partei geht der Parteitag dazu über, eine absolut homogene einheitliche Parteiführung zu schaffen, wo keinerlei Konzeptionen und Zugeständnisse an Gruppierungen innerhalb der Partei gemacht werden. Ebenso ernst und scharf wurden alle jene Maßnahmen besprochen und entsprechende Beschlüsse gefasst gegen die, die in die Partei von außen her, vom Klassenfeind Konzeptionen und Schwankungen hineintrugen, um so die gesamten Parteiglieder gegen die verleumdende und lügenhafte Kampagne des Klassenfeindes des Kommunismus zu immunisieren. Erst eine revolutionäre Partei, die sich durch keinerlei Schwach- und Winkelzüge der Klassenfeinde erschüttern und beunruhigen läßt, nur eine solche Partei, in der die schärfste und mutigste Disziplin und vollstes Vertrauen zur bolschewistischen Führung und zur Kraft des Proletariats herrschen, kann die großen revolutionären Aufgaben, die der Klassenkampf vor das Proletariat in Deutschland stellt, erfüllen.

Diese großen zentralen Probleme gaben gleichzeitig dem Parteitag einen bedeutenden internationalen Charakter. Das äußerte sich besonders in der starken Anteilnahme von 13 Sektionen der kommunistischen Internationale an den Verhandlungen unseres Parteitages. Mit Recht wies der Vertreter der KJ der Genosse Schwarz, Frankreich, darauf hin, daß heute der revolutionäre Klassenkampf in Deutschland und damit die Politik und Taktik der KAPD das lebendigste Schulbeispiel für die kommunistischen Parteien in allen Ländern ist, und daher der deutsche Parteitag die größte internationale Bedeutung für die gesamte revolutionäre Bewegung in den kapitalistischen Ländern erlangt.

So hat der 12. Parteitag die Waffen für die bevorstehenden Kämpfe geschmiedet, den Weg für den Befreiungskampf der deutschen Arbeiterklasse gezeichnet, in den Mittelpunkt der Aufgaben die Eroberung der Mehrheit und der Hauptströmungen des deutschen Proletariats gestellt, die Partei und das revolutionäre Proletariat zur Verteidigung der Sowjetunion, zur Errichtung der proletarischen Diktatur in Deutschland ideologisch vorbereitet und organisatorisch mobilisiert.

Massenvergiftungen bei Berlin

Bernau, 17. Juni.

In dem Nachbarort Groß-Schönstedt (Niederbarnim) erkrankten am gestrigen Tage 35 Personen an schweren Vergiftungserscheinungen. 7 von den Erkrankten mußten sofort ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen. Sie wurden unverzüglich nach dem Krankenhaus in Bernau gebracht. Eine 14jährige Schülerin erlag kurz nach der Einlieferung den Folgen der Vergiftung.

Große Unterschlagungen beim Deutschen Sängerbund

III. Berlin. Wie das Berliner Tagesblatt meldet, ist man dieser Tage umfangreichen Unterschlagungen beim Deutschen Sängerbund auf die Spur gekommen. Nach den bisherigen Feststellungen hat der "ehrenamtlich" dort tätige Schatzmeister, Geschäftsassistent a. D. Redlin aus der Berliner Straße 97 in Charlottenburg, im Laufe des letzten Jahres insgesamt 370 000 Mark unterschlagen.

Erdbeben in Kolumbien — 30 Tote

III. London. In Kolumbien hat sich am Dienstag ein schweres Erdbeben ereignet, wobei 30 Personen getötet und zahlreiche verletzt wurden. Die erste Meldung über das Unglück aus Bogota gibt noch kein klares Bild. Demnach hat ein Bombardement Tausende von Tonnen in den Lauf des Caucaje-Flusses verschoben, und hierdurch ist dieser über die Ufer getreten. Die Stadt Sevilla am Fluß Cauca wurde überflutet. Sevilla soll fast völlig zerstört und die Bewohner zur Räumung gezwungen worden sein.

Stürmische Arbeiterkundgebung im Landtag

Kampfanlage der KPD beantwortet die Arbeiter mit begeistertem Beifall — Wahl des Ministerpräsidenten ergebnislos — Zerkel (SPD) nennt Arbeiter Idioten

2. Landtagssitzung

Dresden, 18. Juni 1929

Die Tagesordnung der heutigen Landtagssitzung weist als „wichtigsten“ Punkt die Wahl des Ministerpräsidenten auf. Von vornherein steht fest, daß die Sitzung aussagen wird wie — das Hornberger Schießen. Das Bürgerturn ist mit dem Kuhhandel der Regierungsbildung noch nicht fertig. Als einziger Redner hat sich zu diesem Punkt

Genosse Kenner

zu Wort gemeldet. Er verliest die an anderer Stelle unserer Zeitung wiedergegebene

Erklärung der kommunistischen Landtagsfraktion zur Wahl des Ministerpräsidenten.

Gleich nach den ersten Sätzen unterzeichnen die zahllos auf den Tribünen anwesenden Arbeiter und die kommunistische Fraktion durch lebhaften Beifall die Ausführungen. Das ist für den neugeborenen Landtagspräsidenten, den treuen Hüter kapitalistischer Ordnung, Grund genug, die Tribünenbesucher ernstlich zu warnen und ihnen den Heraus-schmäh anzuordnen.

In scharfen Worten geißelt Genosse Kenner diese Haltung und zeigt die Rolle, die die Sozialdemokratische Partei als die Schrittmacherin des Faschismus spielt, auf. Er erinnert an die vielen arbeiterfeindlichen Handlungen der SPD, vor allem an die Verlogenheit und Zweipaltigkeit der „Linien“ in Sachsen. Ein charakteristischer Vorfall spielt sich ab, als Genosse Kenner die Tätigkeit der Zörgiebel und Hilsberding sowie die des verstorbenen Landtagspräsidenten geißelt: Die Vertreter der Deutschen Volkspartei unterzeichnen durch lebhaften Beifall die Handlungen der sozialdemokratischen Polizei- und Landtagspräsidenten gegen die Arbeiter.

Beifall konnte nicht festgestellt werden, in wessen Interesse die sozialdemokratischen Führer arbeiten!

Die Ausführungen des Genossen Kenner werden wiederholt durch stürmische Entrüstungs- bzw. Beifallskundgebungen der kommunistischen Fraktion und der Arbeiter auf der Tribüne unterbrochen. Als Genosse Kenner zum Schluß darauf hinweist, daß jede aus dem bürgerlichen Parlament hervorgegangene Regierung eine Regierung der Traubourgeoisie sei und erklärt, daß die kommunistische Landtagsfraktion nicht nur gegen jeden offenen bürgerlichen, sondern auch gegen jeden sozialdemokratischen Vorschlag zum Ministerpräsidenten stimmen werde und darauf hinweist, daß es für die Arbeiter nur einen einzigen Ausweg aus dem Elend geben kann, nämlich: Sturz der kapitalistischen Gesellschaft und Ausrufung der deutschen Sowjetrepublik, antworten die kommunistische Fraktion und die vielen auf den Tribünen anwesenden Arbeiter mit einem stürmischen, dreimal kräftig wiederholtem „Rot-Front!“ Die Abgabe dieser Erklärung, die eine scharfe Kampfanlage und eine gründliche Abrechnung mit allen Feinden des Proletariats ist, hat eine starke Wirkung hinterlassen. Da sich kein anderer Abgeordneter zum Wort meldet, wurde die Komödie, genannt Ministerpräsidentenwahl, vorgenommen. Die Sozialdemokraten schlagen, wie bekannt, Reichstagsabgeordneten Kleißner vor, ebenso einige bürgerliche Fraktionen ihren Fraktionsvorsitzenden. Für

die kommunistische Fraktion erklärt

Genosse Kenner, daß sie keinen Kandidaten vorschlagen. Er

weist nochmals darauf hin, daß ja von vornherein feststeht, daß die Wahl ergebnislos verlaufen werde. Interessant ist die Sozialdemokrat Dobber, der bekanntlich stark für die Bildung einer Koalition in Sachsen eintritt, den Demokraten und anderen bürgerlichen Parteien „anzumachen“ versucht, wie „kleinere“ Finanzminister Weber sei. Das kann nicht anderes bedeuten als ein verdecktes Liebeswerben, ein Buhlen um Stimmen der bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratische Partei ist zur Zeit stark innere Schwierigkeiten hat, möchte die Bildung der Koalition — aus begrifflichen Gründen — bis nach den Gemeinderatswahlen verschieben. Das kommt auch in den ganzen Reihe Äußerungen prominenter sächsischer sozialdemokratischer Führer zum Ausdruck. So hat u. a. der Dresdener Parteisekretär und Stadtrat Sander der SPD dies mit aller Deutlichkeit ausgesprochen und dabei darauf hingewiesen, daß die Bildung einer Koalition jetzt schon der SPD bei den Gemeinderatswahlen „große Stimmen- und Mandatsverluste“ kosten würde. Das zeigt mit aller Deutlichkeit, daß die SPD durchaus gewillt ist, die Koalition auch im Süden und dem Bürgerturn zu bilden. Mag die SPD jetzt noch trüben im Oktober aber sprechen wir uns wieder! (Wohlbekanntester Beifall der Kommunisten.)

Das „Ergebnis“ der Wahl:

Kleißner erhielt 31 Stimmen, die KPD, die aus 2 Mann besteht, hatte zum Ministerpräsidenten ihre Stimmen auf den jetzigen Ministerpräsidenten Heldt und auf Reichshauptmann Sud „vereint“. Es hatte sich also jeder KPD-Abgeordnete zum Ministerpräsidenten gewählt. Das Ergebnis wurde im ganzen Haus mit großem Gelächter aufgenommen. Die anderen bürgerlichen Parteien hatten, außer den Nazis, die nicht den Kommunisten sich der Stimme enthalten, ihren Fraktionsvorsitzenden gewählt. Damit war die Wahl ergebnislos verlaufen.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag, 13 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht wiederum die Wahl des Ministerpräsidenten. Die kommunistische Fraktion verlangt, daß als erster Punkt die Erwerbslosenfrage und die Anträge der Arbeitsbeschaffung behandelt werden. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt. Das Abstimmungsergebnis löste auf den Tribünen stürmische Entrüstung aus. Als die Sitzung geschlossen wurde, antworteten die Arbeiter mit einem kräftigen „Rot-Front!“

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Zerkel beschimpft Arbeiter als Idioten.

Ein bezeichnender Zwischenfall ereignet sich im Landtag nach Schluß der Sitzung. Die Arbeiter auf der Tribüne, die die Ablehnung des kommunistischen Antrages auf Behandlung der Erwerbslosenfrage mit stürmischen Entrüstungsrufen beantwortet hatten, erhielten von dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Zerkel die für die gesamte sozialdemokratische Fraktion bezeichnende Antwort: Sie seien Idioten. Als Genosse Opiß Zerkel wegen dieser Äußerung zur Rechenschaft zog, widerholte Zerkel diese Äußerung und erklärte, anders könne man sie (die Tribünenbesucher) nicht bezeichnen!

Dieser Zwischenfall zeigt mit aller Deutlichkeit die Einstellung sozialdemokratischer Bonzen zu den im tiefsten Elend lebenden Arbeitern. Jedes Kommentar dazu würde diese Tatsache nur abschwächen.

Proletarierinnen demonstrieren gegen den imperialistischen Krieg

Berlin, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Rote Frauen- und Mädchen-Bund veranstaltete gestern abend aus Anlaß des Kongresses vom Weltbund für Frauenstimmrecht eine impotente Gegenkundgebung im Saalbau Friedrichshain. Die Demonstration des KAPD vom Bülowplatz aus wurde von der Bevölkerung mit Begeisterung begrüßt. Unter braulendem Jubel der Anwesenden marschierte die Frauen-delegation in den Saal ein. Der erste Redner, der ehemalige Gauführer des KAPD Berlin, wurde von der tausendköpfigen Menge mit einem donnernden dreifachen Rot-Front begrüßt. Unter großem Jubel sprach auch der anwesende Vertreter der Roten Marine, der in voller Uniform Gröhe der Hamburger revolutionären Arbeiterkraft überbrachte.

Genossin Lene Overlach schilderte den Charakter des Weltbundes für Frauenstimmrecht, der von Reichs- und Stadtbehörden mit großem Pomp empfangen und außerdem mit 25 000 Mark Steuergeldern in bar beschenkt wurde. Sie rief die Arbeiterfrauen auf, am internationalen Roten Tag, dem 1. August, gegen alle bürgerlichen Organisationen, für die aktive Verteidigung der Sowjetunion, für die Rote Front, gegen den imperialistischen Krieg aufzumarschieren.

Die künstlerischen Darbietungen der Jungpioniere des roten Wedding, auf die die Zörgiebel-Helden vergeblich Jagd gemacht

hatten, und eine satirische Revue, aufgeführt von Gruppen des KAPD usw., wurden mit großem Beifall aufgenommen. Am Schluß wurde eine Resolution angenommen, in der die 2000 anwesenden Proletarierinnen erklären, daß es keine Arbeitsgemeinschaft zwischen bürgerlichen und proletarischen Frauen gibt, sondern nur Todesinvidien zwischen Kapital und Arbeit. Die bürgerlichen Frauenorganisationen sprechen vom Frieden, helfen aber in der Tat den Krieg vorbereiten. Der KAPD ruft allen Arbeiterinnen und Arbeiterinnen zu: Heraus aus den bürgerlichen Frauenorganisationen! Hinein in den Roten Frauen- und Mädchen-Bund! Bereitet den internationalen Roten Tag am 1. August vor! Krieg dem imperialistischen Krieg! Es lebe die Sowjetunion!

Die Berliner Bannmeile für den 11. August zum Verfassungsrummel aufgehoben

Berlin, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Die preussische sozialdemokratische Koalitionsregierung hat nach einer Meldung des Tages beschlossen, für die Kundgebung des Reichsherrn zum Verfassungstag am 11. August die Bannmeile aufzuheben. Es ist dies die erste formelle Aufhebung der Bannmeile, nachdem ohne Aufhebung der Bannmeile der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident Zörgiebel wiederholt die nationalsozialistischen Demonstrationen in der Bannmeile stillschweigend geduldet hatte.

Die Tribüne in Magdeburg verboten

Ein Strafantrag Hilsberdings

Der sozialdemokratische Oberpräsident der Provinz Sachsen, Böttig, hat die Magdeburger Tribüne auf 3 Wochen verboten. Zur Begründung wird angegeben, daß die Zeitung „sozialistische Ausführungen vom Parteitag der KPD berichtet habe. Schon seit Wochen heßt der Vorwärts zu diesem Verbot. Der Zweck ist ganz klar: die Berichterstattung über den Parteitag der KPD soll unterbunden werden. Es kommt hinzu, daß die Magdeburger Tribüne Berichte über den Kriegsanzweihensdal machte, die für Hilsberding und andere SPD-Minister sehr compromittierend waren. Der Vorwärts verstärkte seine Lage. Der Oberpräsident ist jetzt der Forderung Stampfers nachkommen. Hilsberding und andere SPD-Minister haben Strafantrag gegen die Tribüne gestellt.

Schiedspruch für das Versicherungsgewerbe

Berlin, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Schiedspruch im Gehaltsstreit des Versicherungsgewerbes, der nur eine 1prozentige Lohnverhöhung vorläß, ist von den Unternehmern, dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen, abgelehnt worden.

5000 polnische Bergarbeiter im Streik

Warschau, 19. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Im Sosnowicer Kohlenrevier sind 5000 Bergarbeiter in den Streik getreten, weil die Grubendirektion nur 70 Prozent der Hungerlöhne auszahlte und die Bezahlung der restlichen 30 Prozent nur ratenweise erledigen will.

Die Sozialdemokraten für die ganze Panzerkreuzerflotte

Admiral Brüninghaus enthüllt: England billigt deutsche Marineausrüstung zum Kampf gegen die Sowjetunion

Berlin, 17. Juni 1929. (Eig. Bericht.)

In der Fortsetzung der Aussprache zum Reichswahlgesetz am Montag als erster Redner

Abg. Erling (Zentr.): Seit 10 Jahren erlebe ich die Debatte über den Wahlgesetz mit und es ist mir ein Vergnügen, feststellen zu können, daß noch niemals der Etat so rasch und so friedlich, ja, ich möchte sagen, so kameradschaftlich durchgeführt worden ist wie diesmal.

Abg. Dr. Weber (Soz.): Ich stimme in der Begründung des Heberhaus der Reichswehr vollkommen dem Reichswehrminister Groener zu. (Hört! Hört! bei den Komm.) Wir wollen hoffen, daß es mit dem Zuwachs in der Reichswehr in Zukunft besser bestellt sein wird. In diesem Sinne rufen wir: Es lebe die Republik und ihre Wehrmacht!

Abg. Schmidt (Hannover), (Dnat.): Wir werden weiter daran arbeiten, daß sich der Wehrgedanke in unserem kranken Volk durchsetzt.

Abg. Dr. Brüninghaus (DB): Die Ausführungen des Herrn Weber waren mehr demagogisch als sachlich. Die Deutsche Volkspartei wird keinen Maßnahmen zustimmen können, die den Bestand der Marine gefährden könnten. Die Abrüstungsanstrengungen sind bisher ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Ich habe hier eine englische Zeitschrift, in der uns die Seemacht der Welt gegenübergestellt wird. Es ist das Ziel unserer gesamten Marinepolitik, dahin zu kommen, unsere Flotte so zu stärken, daß sie die Ostseegewässer ohne fremde Hilfe beherrschen kann. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Komm.) Jähren, meine Herren Kommunisten, ist ja bekannt, daß England das Uebergreifen des Bolschewismus nach Europa verhindern will, und auch verhindern wird das Uebergreifen des Bolschewismus auf die baltischen Staaten. Darum gestatten uns die Engländer auch eine Flotte für die Ostsee.

Genosse Rippenberger:

Die Kommunistische Partei hat ihre Aufgabe bei den Beratungen zum Reichswahlgesetz immer darin gesehen, den imperialistischen und kriegerischen Charakter dieses Etats zu enthüllen. Im Gegensatz dazu begrüßt die Einheitsfront von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen die Reichswehr und die deutsche Aufstellungspolitik und unterhält sich lediglich über einige Schönheitsfehler. (Sehr gut bei den Komm.) Während in der arbeitenden Bevölkerung Erbitterung über die maßlose Aufstellungspolitik herrscht, schiden die Sozialdemokraten ihre gefühnngslosigsten Patrioten vor und beteuern dem Reichswehrminister und seinen Schleichern (Ordnungsruf), (Kommandant, Zuruf zum Präsidenten: Der General heißt doch Schlieffer!) ausdrücklich ihre Ergebenheit. Herr Groener kennt seine Pappentimer und weiß genau, daß er in diesem Parlament die volle Rückendeckung für seine Pläne hat. Darum geht er auch nicht auf die konkreten Fragen der kommunistischen Fraktion ein. Der Reichswahlgesetz ist ein Muster der Verschleierung. Bei weit mehr als 100 Positionen steht der Vermehrung die Mittel sind übertragbar. Allein im Kapitel für Munition um. sind über 65 Millionen als übertragbar bezeichnet, im Bekleidungskapitel 27 Millionen. Bei den Fahrgebern und Reisepfenn werden in den ersten drei Kapiteln über 15 Millionen eingesetzt. Mit diesen Reisepfenn könnte man eine ganze Völkerwanderung finanzieren. Für Tinte, Federhalter und Kabinettgummis verlangt der Reichswahlgesetz über 1 1/2 Millionen Reichsmark. Aber alles das ist übertragbar und ein Beweis für die illegalen Machinationen. Noch deutlicher wird dies bei den großen Positionen. Zur Modernisierung der Reichswehr werden allein 115 Millionen angeduldet, die fast reiflos übertragbar sind. An Sachausgaben sind für das Heer 432 Millionen eingerechnet.

1913 betragen die Ausgaben bei der alten kaiserlichen Armee für die gleichen Positionen circa 785 Millionen. Also für die achtmal stärkere kaiserliche Armee nicht einmal das Doppelte. (Hört! Hört! bei den Komm.) Mit diesen Geldern wird ein riesiger Apparat unterhalten. Auf 10 000 Matrosen kommen ungefähr 13 000 Zivilangestellte. Noch undurchsichtiger sind die Summen, die für die Kriegsindustrie durch offene und verdeckte Subventionen ausgegeben werden.

Was ist mit den 30 Millionen im Vohmannskandal?

Was ist mit den Sonneburger Schießungen? Was ist mit den Unterschlagungen von über 450 000 Mark in Berlin durch einen Jahnmeister der Reichswehr?

Wie steht es mit den illegalen Granaten, die die Schickauerzeit fabrizierte?

Internationales Kampfbandnis gegen Liquidatoren- und Verföhlertum

Genosse Gallacher (England) gab im Namen der Vertreter der unterzeichneten kommunistischen Parteien folgende Erklärung auf dem Parteitag ab:

Genossen und Genossinnen! Die Vertreter der unterzeichneten kommunistischen Parteien solidarifizieren sich vollständig mit den Ausführungen des Vertreters der Exekutive der kommunistischen Internationale auf dem heutigen 12. Parteitag der kommunistischen Partei Deutschlands. (Beifall.)

Der 12. Parteitag der KPD hat eine internationale politische Bedeutung; er tritt zusammen nach großen Kämpfen des deutschen Proletariats an der Ruhr, er tritt zusammen nach den Berliner Barrikadenkämpfen am 1. Mai dieses Jahres.

Der 1. Mai war ein Wendepunkt, welcher die KPD vor neue große revolutionäre Aufgaben gestellt hat.

Der Parteitag sacht die Erfahrungen dieser Kämpfe zusammen, überprüft die bisherige politische Linie der Partei und konkretisiert die weiteren Aufgaben der kommunistischen Bewegung in Deutschland.

Die Linie der kommunistischen Partei Deutschlands und die Linie des Parteitages entsprechen vollständig der Linie des 6. Weltkongresses der kommunistischen Internationale, der Linie des C.K.A.Z.

Die KPD hat auf dem heutigen Parteitage demonstriert, wie eng sie mit den Arbeitermassen in den Betrieben verbunden, wie tief sie in den proletarischen Massen verwurzelt, wie bedeutend ihr Einfluß geworden ist.

Die unterzeichneten Vertreter der kommunistischen Parteien erklären auch ihre vollständige Solidarität mit den Ausführungen des Vertreters der kommunistischen Internationale in bezug auf die rechte Elemente.

Die Verföhlner haben die Rolle der Rechten in der KPD übernommen und innerhalb der Partei eine neue rechte Fraktion gegründet.

Hierauf gibt die Regierung keine Antwort.

Ich habe hier einen Brief vom 28. April dieses Jahres an einen General, der noch in jüngster Zeit im Namen der Regierung und der Reichswehr die Reichswehr bei verschiedenen Gelegenheiten vertreten hat. In diesem Brief heißt es:

„Die Maßnahmen, die heute notwendig geworden sind, um uns zu retten, kann eine an die heutige Verfassung, an das Parlament gebundene Regierung nicht ergreifen. Das kann nur eine Diktatur. Diesen Diktator kann aber nur die Reichswehr hervorbringen.“

Dieser Brief stammt aus der Korrespondenz des Generals v. Hammerstein, den Sie alle als einen aktiven Offizier kennen. Ich habe in dem Brief vorgelesen, um zu beweisen, daß unter Groener der legale Faschismus weiter marschiert. Dazu sagen die Sozialdemokraten kein Wort.

Wir aber erklären: Nieder mit der Reichswehr, es lebe die rote Armee, die Armee des internationalen und des deutschen Proletariats. (Lebhafter Beifall bei den Komm.)

Abg. Rüstler (Soz.) Die Spielereien zwischen Reichswehr und Stahlhelm haben immer noch nicht aufgehört. Beim Stahlhelmsitz in München sind die Stahlhelmlente durch die Reichswehr mit Stroh beliefert worden.

Genosse Scheller:

Von den in Aussicht gestellten Enthüllungen des Abg. Rüstler ist nicht viel übrig geblieben. Zwischen dem Reichswehrministerium und dem Innenministerium bestehen geheime Beziehungen über die Verwendung der Reichswehr gegen die Arbeiterklasse. Im offiziellen Lehrbuch für Heeresfachschulen heißt es, daß der Staat ein göttliches Geheiß sei und daß daher die Reichswehr im Auftrage Gottes handle. (Heiterkeit bei den Komm. Zuruf: Groener ist Gottes Stellvertreter.) Ein auf Kadavergehörigkeit und Korruption aufgebautes Heer wird die Probe im Ernstfall bestehen wie die alte Armee. Die auf Verantwortung und politische Aktivität des einzelnen Soldaten aufgebaute Sowjetarmee wird sich als unüberwindbar zeigen. Die Kommunisten setzen alles daran, die Reichswehr zu zerlegen und kampfunfähig zu machen. (Bravo! bei den Komm.)

Zum Marineprogramm Groeners und zur Panzerkreuzerflotte spricht darauf

Genosse Stoeker:

Der Herr Admiral A. D. Brüninghaus von der Volkspartei hat uns vorhin freiwillig ein glänzendes Argument für unsere Auffassung über Ziel und Zweck der deutschen Kriegsmarine geliefert. Er verlas nämlich eine Weigerung einer führenden britischen Militärschrift, in der gesagt wurde:

„Was redet man denn unniherweise über den deutschen Panzerkreuzer, selbstverständlich muß man den Deutschen die Möglichkeit zum Ausbau einer deutschen Kriegsmarine geben, um in der Ostsee das Gleichgewicht gegen die Flotte der Sowjetunion zu schaffen.“

Schluß mit den Verföhlern!

Erklärung des Parteitages zur Fraktionsplattform der Verföhlner

In seinem Schlußwort brachte Genosse Thälmann folgende Erklärung zur Verlesung:

Der Parteitag stellt fest, daß die vom Genossen Ewert im Auftrage seiner opportunistischen Fraktion vorgelegte Plattform eine

Systematisierung und Fortentwicklung in der Richtung des Liquidatorentums darstellt.

Diese Politik wurde bereits vom 4. K.G.-Kongress, vom 6. Weltkongress und den folgenden Tagungen des Präsidiums des C.K.A.Z. und des Z.K. der KPD abgelehnt. Diese Plattform ist zugleich ein Versuch, die leninistische Auffassung über das Wesen, die Strategie, Taktik und Organisation der Partei zu revidieren. Die Behauptung der Verföhlner, daß ihre Differenzen mit der Partei und Komintern nur taktischer Natur sind, stimmen überein mit den Methoden der Liquidatoren, die auch

versuchten, vor der Partei und der Arbeiterschaft durch solche Manöver ihre grundsätzlichen Auffassungen zu verschleiern.

Die Verföhlner stellen in allen entscheidenden Punkten der Taktik des 6. Weltkongresses und der Partei ihre eigene, opportunistische Taktik gegenüber. (Ruhrkampf, Betriebsrätewahl, Wahlkämpfe, Stellung zur Sozialdemokratie.) Die Partei wird alles tun, um jene wenigen Genossen, die mit bestimmten Auffassungen der verföhlnerischen Gruppe sympathisieren, von der Wichtigkeit der Parteibeisprüche zu überzeugen und für die disziplinierte Durchführung der Beschlüsse zu gewinnen.

Die Tiefe der politischen Differenzen unserer Partei mit dieser halb menschenwürdigen Gruppe findet ihren Ausdruck in dem fraktionellen Charakter des Kampfes der Verföhlner. Unter der Forderung nach „Diskussionsfreiheit“ versuchen sie, das „Recht“ auf Fraktions- und Besetzungarbeit durchzusetzen. In der Frage der Parteidisziplin legen die Verföhlner ein rein formales Bekenntnis ab und erklären zugleich, daß die wirkliche Durchführung der Disziplin unter den gegenwärtigen Bedingungen unmöglich sei. Damit bringen sie zum Ausdruck, daß sie lediglich einen günstigeren Zeitpunkt für den offenen Fraktionskampf und den offenen Bruch mit dem Bolschewismus wählen wollen.

Die Verföhlner haben bereits die Rolle der Rechten in der Partei übernommen. Ebenso wie die Liquidatoren und die Sozialdemokraten führen sie eine Verleumdungskampagne über die „Isolierung der KPD“, ihren „treifenhafte Zustand“, die „Durchführung des Ruth-Nischer-Kurses“, die „Mißerfolge der neuen Taktik“, die „verfehlte Taktik während der Watersignisse“ usw. Damit liefern sie nicht nur Verleumdungsmaterial für den Klassenfeind, sondern betätigen sich als eine parteizerstörende Fraktion.

Wenn die Verföhlner diese opportunistische Politik nicht aufgeben, werden sie unvermeidlich den Weg der Liquidatoren gehen.

Die Plattform der Verföhlner bedeutet zugleich den Verlust, alle verföhlnerischen Elemente in der kommunistischen Internationale auf einer ideologischen Grundlage zusammenzufassen und gegen die Beschlüsse der Komintern zu mobilisieren.

Der Parteitag stellt an die Unterzeichner der Plattform und an alle Anhänger dieser Fraktion folgende Forderungen:

1. Aufgeben des halbmenschenwürdigen Standpunktes und Anerkennung des fraktionellen Charakters ihrer dem Parteitag vorgelegten Plattform.
 2. Sofortige Auflösung der Fraktion und aller gruppenmäßigen Verbindungen.
 3. Disziplinierte Durchführung und Verteidigung der Parteitagbeschlüsse und aller Anweisungen der Parteiführung.
- Der Parteitag beauftragt das neugewählte Zentralkomitee, es soll gemeinsam mit der Exekutive der Komintern die notwendigen organisatorischen Maßnahmen der Sicherung der Einheit der Partei und der disziplinierten Durchführung der Parteitagbeschlüsse treffen.

(Stürmischer Beifall.) Der Parteitag erhebt sich und singt die „Internationale“.

Der Prolet

Von Oskar Korsch

Der die Maschinen bewegt.
 Der das Saat Korn legt.
 Der in Schächten schürt.
 Der den Hammer führt.
 Der das Brot bringt und das Licht.
 Der mit dem gequälten, zerfurchten Gesicht
 Der in Schweiß und Ruß
 schuftet muß.
 Der über Schreibpulten gebüdt.
 Aus dem der Hunger blüht.
 Den der Geldmob knechtet.
 Den er ausbeutet. Den er entrechtet.
 Den er in Schuchhaft stekt
 bis er verreckt.
 Den er niederknallt
 wie's ihm gefällt:
 Der heißt Dich. Proletarier seine Kinder.
 Bürger! Dich hassen sie. Dich schlagen sie nieder.
 Für dich arbeiten sie nicht mehr. Sie pfeifen
 auf deinen Lohn.
 Sie heben die Waffen. Zur Revolution.
 Sie erfüllen die Stunde. Ihr Reich ist nah.
 Geht frei die Erde. Der Mensch ist da.

(Aus dem Gedichtband „Sieb auf, Prolet!“
Wald-Verlag)

Proletarische Selbsthilfe

1. Sammelquittung der JAH

№ 546:	9,60 RM	durch Gen. Lust
549:	8,90	„ „ Sparschuh
551:	6,50	„ „
554:	20,—	„ „ Leiterik
584:	9,45	„ „ Jünger
610:	33,30	„ „ Feidler, Belegkarte Neu- bau Max Beier, Stein- bachstraße
555:	17,10	„ „ Manik, Baustelle RFD, Fabrikstraße, Firma Monierbau AG.
<hr/>		
104,85 RM		

Helft den Kindern!

Der erste Kindertransport der streifenden und ausge-
sperrten schlesischen Legilarbeiter trifft Ende dieser Woche
ein. Verstärkt die Unterstützung! Meldet Quartiere!

JAH, Ortsgruppe Dresden
Poppitz 18, Ruf 11 653

Uebertfälle der Faschisten auf Arbeiter

Alle Genossen und KJF-Kameraden, sowie die Mit-
glieder des KJF werden hiermit aufgefordert, sofort über
Uebertfälle und Zusammenstöße von Seiten der Faschisten
Mittelteilung zu geben an

Siegfried Hädel, W. d. K.,
12, Columbusstraße 9.

Schlemmerlei auf Kosten der Werktätigen

Zu Ehren des Wiener Schubert-Bundes, der auf
seiner Sängertour durch Deutschland vom 2. bis 4. Juli d. J.
in Dresden weilte, findet Mittwoch den 3. Juli 1929 um 12.30 Uhr
eine Begrüßung durch die Stadt im Festsaal des Neuen Rath-
hauses mit anschließendem einfachen (?) Imbiß statt.
Namens des Rates und der Stadtverordneten geben sich die
Unterzeichneten die Ehre, zu dieser Veranstaltung ergebenst ein-
zuladen.

Dresden, im Juni 1929.
Oberbürgermeister Stadtverordneten-
Dr.-Ing. e. h. F. Kühler. Vorsitzender D. Köhler.

Dunkler Anzug.
Zulage auf anliegender Karte bis 29. Juni 1929 an die
Stadthauptkassierin erbeten.
Den Eingang sollte man vom Rathausplatz nehmen und
diese Einladung als Ausweis vorzeigen.

So werden von den Sozialdemokraten um Döhlisch die In-
teressen der wertvollen Bevölkerung vertreten. Die Dresdner
Arbeiterviertel werden sich besonders über die Feststellerei promi-
nenter Sozialdemokraten freuen.

Die Wohnungsbergung in Dresden

Neben dem Problem der Neuerstellung von Wohnungen
und der Mietpreisfestlegung ist die Frage der Bergung der
Wohnungen von großer Wichtigkeit für die Wohnungsuchenden.
Von vornherein werden die ärmsten Einwohner immer besondere
Schwierigkeiten bei der Wohnungsuche haben, weil die Hausbe-
sitzer ja immer noch die Möglichkeit besitzen, sich aus der Zahl
der Bewerber diejenigen herauszuwählen, die ihnen „am sym-
pathischsten“ erscheinen. Durch das neue Verfahren der Woh-
nungsbergung, das vom Rat im November d. J. beschlossen
und von den Stadtverordneten gegen die Stimmen der
Kommunisten genehmigt wurde, ist das Erlangen einer
Wohnung für die Werttätigen noch viel schwieriger geworden.
Teilweise erscheint es geradezu als eine glatte Unmöglichkeit, in
den Besitz einer Wohnung zu kommen.

Wie geht nun dieses Verfahren vor sich?

Jeden Mittwoch und Sonnabend wird vom Wohnungsamt
eine Wohnungsliste herausgegeben, die im Wohnungsamt und
bei den Wohlfahrtspolizeiwachen ausgelegt wird, und die sich
jeder Wohnungsuchende für 5 Pf. oder gegen Voreinsenden von
1 RM monatlich bestellen kann. Darin werden die freigegebenen
Wohnungen bekanntgegeben. Diejenigen, die im Besitz des
betreffenden Bewerbungsausweises sind, können sich innerhalb
von 3 Tagen um eine dieser Wohnungen bewerben. Kommt
dann ein solcher Bewerber innerhalb von 5 Tagen vom Woh-
nungsamt seinen Bescheid, so bedeutet das, daß die Wohnung
an einen anderen Wohnungsuchenden zugewiesen worden ist.

Es ist klar, daß es bei dieser Art von Wohnungsbergung
darauf ankommt, aber möglichst viel Zeit und auch die ent-
sprechenden Mittel zu verfügen, um schnellstens in den Besitz des
Wohnungsausweises zu gelangen, um dann

die Bekanntschaft nach der Wohnung

aufnehmen zu können.
Fast täglich kommen Wohnungsuchende zu den Genossen der
kommunistischen Stadtverordnetenfraktion und berichten, daß sie
sich nun schon monatelang auf der Suche nach einer Wohnung
befänden, auch im Besitze des höchsten Ausweises sind, bereits
10 bis 15 RM Fahrgehalt verfahren haben, daß aber all ihre
Wege umsonst waren. Stellen wir uns einmal vor: Vor den
Wohlfahrtspolizeiwachen oder vor dem Wohnungsamt steht eine
ganze Anzahl Wohnungsuchender und wartet auf das Erscheinen
des Wohnungsausweises. Die etwas besser Situierten haben das
Motorrad mit, sie werden natürlich auch die ersten sein, die beim
Hauswirt vorpreschen. Ein anderer Teil steht mit dem Fahrrad
da, — die Proleten haben extra den Sonntagsanzug angezogen,
um beim Hauswirt nicht so ärmlich zu erscheinen, und einige

Was jeder Arbeiter über das Invalidenversicherungsgesetz wissen muß / Von Bruno Kochmann, Dresden

Wann erlischt die Anwartschaft?

Gerade diese Frage sollten sich alle Arbeitnehmer, soweit
sie unter die Versicherungspflicht fallen, genau einprägen. Wohl
sind die Gesetze mit Tausenden von Paragraphen geschaffen, aber
keine Stelle ist ernstlich demüht, den unter das Gesetz fallenden
Proleten das nötige Grundwissen darüber zu vermitteln. Tausende
armer Teufel haben in der Zeit der großen Pleite (bis
1924) aus Unkenntnis ihre Anwartschaft verloren und können
sie, weil sie inzwischen 60 Jahre alt geworden sind, nicht wieder
aufleben lassen.

Die Anwartschaft aus der Invalidenversicherung erlischt,
wenn nicht mindestens innerhalb von 2 Jahren 20 Marken (bei
Selbstversicherern 40 Marken) geleistet wurden, wobei aber gleich-
zeitig noch der Paragraph 1442 zu beachten ist, nach dem bei
freiwilliger Weiterversicherung nur auf 1 Jahr zurück Marken
geleistet werden dürfen, andernfalls sie unwirksam sind. Also
muß es schon richtiger heißen: pro Jahr 10 Marken, anstatt:
innerhalb 2 Jahren 20 Marken.

Wird dies nicht beachtet, so ist die Anwartschaft unterbrochen,
Geheimnis (also nicht unterbrochen) ist sie, wenn bei Eintritt des
Anspruchs drei Viertel der ganzen Zeit mit Beiträgen belegt ist.
Tritt z. B. heute bei einem Versicherten im Alter von 14 Jahren
ein Anspruch ein und er kann nicht nachweisen, daß er fortlaufend
erstens: mindestens 500 Beiträge, und zweitens: ohne Unter-
brechung jedes Jahr mindestens 10 Beiträge im Wege der
Pflicht- oder Weiterversicherung geleistet hat, so gilt seine An-
wartschaft nur gewahrt, wenn er einmal 30 gleich 1170 Beiträge
nachweisen kann. Dieses Beispiel möge genügen.

Kann ein Wiederaufleben der Versicherung erreicht werden?

Ja, aber sehr schwer. Soweit die Anwartschaft unter dem
Alter von 60 Jahren (d. h. bei Pflichtversicherung) unterbrochen
ist, müssen vor Wiederaufleben mindestens 200 Beiträge neu
geleistet werden.

Bei freiwilliger Versicherung leht die Anwartschaft (soweit
der Versicherte das 40. Lebensjahr überschritten hat) erst wieder
auf, wenn vor Erlöschen 500 Marken geleistet waren und auch
nach Wiederaufleben von neuem 500 Marken verwendet sind.

ist ein Versicherte nach der Unterbrechung 60 Jahre alt ge-
worden, so leht die Anwartschaft nur auf, wenn vor der Unter-
brechung 1000 Beiträge nachgewiesen werden. Gelingt dies nicht,
so ist er dann — trotz der Sozialversicherung — zum Betteln-
gehen verurteilt.

Die Paragraphen 1284—1297 befaßen sich mit den Leistun-
gen, die auszusagen aber im Rahmen dieses Artikels zu weit
führen würde. Zu sagen ist hierzu nur grundräßig, daß es
empfehlenswert ist, wenn sich jeder Empfänger berechtigt (insolge
der Komplexität) einem fachkundigen Vertreter anvertraut,
deren es — so hoffen wir — durch die Aris in absehbarer Zeit
reichlicher gibt als heute. Nun zu dem Kapitel:

Wegfall und Entziehung.

Auch dazu muß etwas gesagt werden. Invalidenren-
ten sollen ohne weiteres weg: 1. im Falle des Todes, 2. Wit-
wen- und Waisenrenten mit Wiederverheiratung (wobei
der Witwe eine Jahresrente als Abfindung zuleht — dem
Witwer nichts); 3. Waisenrenten werden mit vollendetem
15. Lebensjahr in Wegfall gestellt. Eine Gewährung darüber
folgt sehr viel Anzuehung. — Entziehung der Renten
(ganz oder teilweise) tritt ein, wenn der Empfänger ohne triftigen
Grund ein Heilverfahren ausschlägt und er vorher auf
die Folgen aufmerksam gemacht worden ist! Es können weiter
Witwen- und Waisenrenten bei Wegfall der Bedürftigkeit
entzogen werden. Nur ist nicht gesagt, wer die Nichtbedürftig-
keit feststellt.

Wann tritt ein „Ruhen der Renten“ und Kapitalabfindung ein?

Es ruht die Invalidenrente im Falle der Strafverbüßung
über einen Monat, bei Unterbringung im Arbeitshaus oder in
einer Besserungsanstalt. Sind während dieser Zeit Angehörige
vorhanden, die vom Bezahler ganz oder zum überwiegenden Teil
erhalten wurden, so wird die Rente an diese überwiesen. Die
Rente ruht weiter, wenn ein Inländer sich im Auslande auf-
hält und seinen Aufenthalt nicht angibt. Weist er nach, daß
die Nichtangabe unverschuldet ist, so ist das Ruhen aufzuheben.
Als letztes ist sodann noch bestimmt, daß Ausländer, die vor dem
Rentenantritt ins Ausland verzogen, in Höhe von höchstens
dem sechsfachen Jahresbetrage (ohne Reichszuschuß) abgefunden
werden können. (Hier ist vor allem zu beachten „können“, nicht
müssen.)

Die Paragraphen 1321—1419 umfassen organisatorische
Dinge, die infolge der Fülle des Materials hier besser nicht be-
handelt werden. Entschieden wichtig für jeden Versicherten ist
der Paragraph 1420, der zwingend bestimmt, daß Quittungs-
arten alle 2 Jahre umgetauscht werden müssen und der dar-
über den Versicherten für den Fall des verpassten Umtausches
mit der Beweislast gemäß Paragraph 1442 belastet.

Nach Paragraph 1425 darf niemand gegen den Willen der
Versicherten Quittungsarten zurückhalten. Geldecht des
Auswärtigen verpflichtet.

Diese Bestimmungen mögen besonders Angehörige kleiner An-
triebe und in Landorten Beschäftigte beachten, wo es noch häufig
vorkommt, daß die Herausgabe der Papiere verweigert und mit
unter auch die Gemeindebehörde nicht zum Schluß bereit ist.

Heber die Beitragspflicht

wird kurz gesagt, daß Beiträge je zur Hälfte vom Arbeit-
geber und vom Arbeitnehmer getragen werden. Es kann höchstens
oder für längeren Zeitraum geleistet werden, muß aber pfez-
jährlich erfolgen. Bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses
müssen die Beiträge geleistet und entwertet sein. Bei Selbst-
versicherung und freiwilliger Weiterversicherung sind Beiträge
nach dem Verdienst — mindestens aber Lohnklasse 1
zu heben. Vor 1925 genügte zur Weiterversicherung Lohn-
klasse 1, die jetzt nicht mehr gilt, zur Aufrechterhaltung. Daraus
muß demzufolge geachtet werden.

Wichtig ist weiter, daß Marken, die über einen längeren
Zeitraum als 2 Jahre (Erlöschen) zurück geleistet werden,
unwirksam sind, außer, der Versicherte weist nach, daß im
Verlaufe der Zeit, in der die Beiträge nicht mehr geleistet
wurden, keine Invalidenrente zu klemmern, um diesen Fall des Para-
graphen 1442 zu vermeiden.

Wichtig für Versicherte ist sodann noch der Paragraph 1442,
der bestimmt, daß gelebte Marken nach 10 Jahren nur dann
noch annulliert werden können, wenn nachgewiesen wird, daß
mit dem Ableben von Marken Beitragsabfälle vorzuliegen
sowie weiter, daß Invalidenrenten, die geleht wurden, in der
Zeit, als der Betreffende vielleicht vorübergehend der An-
wartschaft unterbrochen, nur insoweit annulliert werden
können, als der Betreffende nach den Bestimmungen der An-
wartschaftsversicherung dort Beiträge nachgetragen hat, so z. B.
Ein gegen Invalidität Versicherter war 1921 vorübergehend als
Angestellter tätig, hehte aber keine Angestellten- sondern An-
wartschaftsversicherungsmarken weiter. Dies wird im Jahre 1928 an-
gedeutet, so ist ein Nachbezahlen von Angestelltenversicherungsmarken
nicht möglich und die Invalidenversicherungsmarken behalten
ihre Gültigkeit. Wäre aber die Beschäftigung erst im Jahre 1927
gewesen und 1928 festgestellt, so sind die Invalidenrenten ge-
währt — weil dann die Nachzahlung der Angestelltenver-
sicherung noch möglich ist.

Die nachfolgenden Kapitel und Paragraphen sollen im
Rahmen dieses Artikels nicht behandelt werden. Es sei nur
nebenbei festgestellt, daß die Strafverbüßung (für Verstoß
des Arbeitnehmers) sehr hart gehalten sind, daß darüber hinaus,
wo davon Gebrauch gemacht wurde, auch diese Bestimmungen
sehr schonend angewandt werden. Tausende von Kollegen
sollten angeführt werden, wo Unternehmer, die die Rente
nicht abführten, nicht oder doch lächerlich niedrig bezahlt worden
sind. Alles in allem sei nochmals betont, daß auch das In-
validenversicherungsgesetz (wie die gesamte Sozialgesetzgebung in
Deutschland) einen unangenehm Paragrafenmüll aufweist, der
weiter in der Sozialgesetzgebung ein schädlicher Dualismus und
Separatismus herrscht, der nicht nur dem Proletarier ein Ein-
dringen in die Materie unmöglich macht. Wenn wir auch mühen,
daß grundlegend bessere Verhältnisse erst nach Beilegung des
kapitalistischen Systems möglich sind, so darf sich dahin leiten
der Aris nichts unversucht gelassen werden, um den unum-
kehrbaren Paragrafenmüll durch Ausarbeitung klarer und
kurzer Gesetzesvorschriften des Arbeiters als schädlich aufzuzeigen
und dadurch zur Beilegung des Sozialfaschismus beizutragen.

Socrmus spielt in seinem Abschiedskonzert morgen Donner-
stag, 20 Uhr, im Vereinshaus folgendes Programm: 1. Beethovens
Violinkonzert; 2. Rimsky-Korsakow, Rautafel über russische Tänze;
3. Beethovens Kreutzerfante. Am Gedächtnistag Carl
Klinger. Karten bei F. Kies, Sectr. 21, Zauberschloß, Haupt-
straße 2, und an der Abendkasse.

Dresdner Tageschronik

Warnung vor einem Unterstüßungsbetrüger

Als Unterstüßungsbetrüger ist innerhalb der letzten Woche
in Chemnitz und Umgebung ein angeblicher Mechaniker Josef Alma,
geb. am 23. 3. 03 in Jansbrud, aufgetreten. Unter dem Vor-
geben, daß er von dem Bundesvorstand des Arbeiter-Rat- und
Kraftfahrerbundes an sie verwiesen worden sei, hat er bei
Gruppenführern genannten Bundes am Unterstüßungen nach-
sucht und solche auch erhalten. In Wirklichkeit war er von dem
Vorstand bereits unterstüßt worden. Es ist anzunehmen, daß
Alma, der im Besitze eines Mitgliedsbuches des gleichen Bun-
des der Schweiz sein soll, dieses Betrugsmandat in anderen
Orten bereits verübt hat oder noch ausführen wird. Der Bet-
rüger ist 1,65 Meter groß, schlant, hat volles schwarzes Haar
und trägt auf dem Jackettrevers auffällig viele Abzeichen.

Einbruchsdiebstähle in Gartenlauben und Schuppen

In der Nacht zum Freitag wurden in einer Gartenlaube
der Südstadt wieder 10 Gartenlauben aufgebrochen. In einer
der Lauben fand der Besitzer am anderen Morgen einen vier-
zehnjährigen Burschen schlafend vor. Er hatte mehrere Koll-
decken und ein gestohlenen Damenfahrrad bei sich. Der Bursch
war seinem Lehrherrn davon gelaufen, nachdem er Bargeld und
ein Herrenfahrrad gestohlen hatte. Dieses Rad hat er bei einem
Freunde eingestellt. Der Bursche wurde festgenommen und einer
Erziehungsanstalt, in der er bereits früher untergebracht war,
zugeführt. Die Einbrüche in die Gartenlauben will er nicht
vornommen haben. Die gestohlenen Fahrräder konnten den Eigen-
tümern wieder zugestellt werden. — Auf einem Bauplatz an der
Glashütter Straße wurde in der gleichen Nacht die Diebstahl eines
Schuppens aufgeprengt. Hier erlangte der Dieb ein Verbot
mit etwa 100 Stück Patronen.

Fahrradentführer. Am vergangenen Sonntag ist in die In-
dustriations- und Kontorräume einer Schokoladenfabrik in der
Bismarckstraße und in eine Blechwarenfabrik in der Be-
renstraße eingebrochen worden. In der Schokoladenfabrik
ist den unbefangenen Tätern ein größerer Geldbetrag in die Hände
gefallen. Erheblichen Sachschaden haben sie aber auch durch das
Aufbrechen und Aufwachen der Türen, Pulte und Schränke ver-
ursacht. Im Kontor der Blechwarenfabrik haben die Täter ver-
sucht, den Geldschrank aufzuschmeißen. Sie haben damit jedoch
keinen Erfolg gehabt.

Wieder eine Kohlenozpdaseexplosion. In der Nacht zum
Dienstag gegen 2 Uhr hatte sich in einem Kohlenbunker eines
Fabrikgrundstückes an der Löblauer Straße durch Selbstentzün-
dung von Kohlenstaub eine Kohlenozpdaseexplosion ereignet,
woburh der Inhalt des Bunkers in Brand geriet. Ein Wasser-
leiter der Dresdener Wass- und Schließgesellschaft erwiderte das
Feuer bei seinem Kontrollgang und alarmierte sofort die Feuer-
wehr, die mehrere Stunden mit den Vöscharbeiten beschäftigt
war.



Mittwoch, den 19. Juni
16.30: Konzert. 18.05: Arbeitsmarktbericht des Landesar-
beitsamtes Sachsen. 18.20: Wettervorhersage und Zeitangabe
18.30: Spanisch für Anfänger. 18.55: Arbeitsnachweis. 19.15:
Obertweilbacher Bergbahn. 19.30: Bevölkerung und Wirtschaft.
2. Vortrag: Die Angliederung des letzten Raumes (Einwan-
derungsproblem). 22: Balladen. 21: Volkstümliches Konzert.
22: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht und Sportnach-
richten. Anschließend: Tangomusik.

Arbeiter Sport

Fußballsport

Fußball der Ausgeschlossenen

Wilmshaus werden die Sommerferien, die das Spielverbot nach den Herrschaftsverordnungen einbringen wird. Danach hebt sich der Sonntagssport.

1. Klasse: Einleitung in der Vorwoche der 1. Klasse teilte den Trossen Wilmshaus 0:2, Götze 2:2. In der ersten Woche führten Wilmshaus 0:2, Götze 2:2. In der ersten Woche führten Wilmshaus 0:2, Götze 2:2. In der ersten Woche führten Wilmshaus 0:2, Götze 2:2.

Handballsport

1. Bezirk

Handball, Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3. Die D. nur mit 7 Toren, nicht in die Höhe zu bringen. Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3.

Jugend 1 - Döhren 1:1 (1:1). Beide in härtester Kämpfe, gingen ein hohes Spiel. In dem hohes Spiel, gingen ein hohes Spiel.

Aus dem Laufiger Handballer

Handball, Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3. Die D. nur mit 7 Toren, nicht in die Höhe zu bringen. Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3.

Handball, Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3. Die D. nur mit 7 Toren, nicht in die Höhe zu bringen. Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3.

Handball, Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3. Die D. nur mit 7 Toren, nicht in die Höhe zu bringen. Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3.

Handball, Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3. Die D. nur mit 7 Toren, nicht in die Höhe zu bringen. Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3.

Handball, Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3. Die D. nur mit 7 Toren, nicht in die Höhe zu bringen. Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3.

Handball, Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3. Die D. nur mit 7 Toren, nicht in die Höhe zu bringen. Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3.

Handball, Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3. Die D. nur mit 7 Toren, nicht in die Höhe zu bringen. Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3.

Handball, Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3. Die D. nur mit 7 Toren, nicht in die Höhe zu bringen. Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3.

Handball, Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3. Die D. nur mit 7 Toren, nicht in die Höhe zu bringen. Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3.

Handball, Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3. Die D. nur mit 7 Toren, nicht in die Höhe zu bringen. Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3.

Handball, Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3. Die D. nur mit 7 Toren, nicht in die Höhe zu bringen. Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3.

Handball, Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3. Die D. nur mit 7 Toren, nicht in die Höhe zu bringen. Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3.

Handball, Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3. Die D. nur mit 7 Toren, nicht in die Höhe zu bringen. Niederbühl 18 - Oberbühl 14:3.

Arbeiter-Sport und Kultur-Kartell Rönigstein und Umgebung. Sonntag den 25. Juni, 10 Uhr, im Wald, Rönigstein, Sauna. Es werden Baden und Schwimmen ausgeübt. Es wird berichtet von den Ergebnissen mit den Besätzen von Gütern, Konigstein und der Umkleekabine.

Verband Völkervereinigung, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

KPD Bezirk Ostsachsen
Adresse: Siegfried Radel, M. d. R.
SEKRETARIAT Dresden-Alttadt, Cosmubusstraße 9
Anruf 28031
Für den öffentlichen Verkehr ist das Sekretariat geöffnet in Arbeiterfragen werden durch die Stadtverordnetenkonferenz Montag u. Dienstag von 14 bis 17.30 Uhr im Rathaus, Zimmer 206 erteilt.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Arbeiter-Sportverein, Freital, Freitag den 21. 6. Im Kulturhaus am Wilmshaus-Sonnenendeckel mit 100 Teilnehmern. Bei ungeladener Beteiligung laßt der Film in den Räumen der Kantine.

Bundesfeierprobe und Bezirksfest am 22. und 23. Juni im Sportpark Potschappel

WILSHAUS, Freital, Groß-Dresden. Die Abteilungsleiter werden erinnert, daß der Einleitungsplan für das neue Jubiläumslager am 22. Juni 19, 10 Uhr einzuhalten, damit der Vorbereitungsplan korrekt durchgeführt werden kann.

19. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 19. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

20. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 20. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

21. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 21. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

22. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 22. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

23. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 23. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

24. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 24. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

25. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 25. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

26. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 26. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

27. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 27. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

28. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 28. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

29. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 29. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

30. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 30. 6. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

1. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 1. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

2. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 2. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

3. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 3. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

4. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 4. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

5. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 5. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

6. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 6. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

7. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 7. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

8. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 8. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

9. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 9. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

10. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 10. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

11. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße. 11. 7. 19:30 Uhr: Sperrungsbekanntung um 19 Uhr in der Freitaler-Straße.

Ämliche Bekanntmachung

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag den 20. Juni 1929, 19 Uhr, im Ratshausgebäude. Die Tagesordnung hängt am Ratstische aus.

Brand-Erbisdorf, am 18. Juni 1929.
Der Vorsitzende.

Der hat daran gedacht!
Er hat vor seiner Reise dem nächsten Postamt Anweisung zur Nachlieferung der Arbeiterstimme gegeben. Denken bitte auch Sie vor Ihrer Abreise daran.



Wenn's niemand macht! Oswald Machts!
Hauptlager: Kaulbachstraße 31, I. Etg. Ecke Pillnitzer Straße.
Möbel aller Art!
Große Auswahl! Billige Preise! Günstige Zahlungsbedingungen!

Rudolf Stephan
Holz- und Kohlenhandlung
Pirna-Copitz Hauptstr. 18, Turngut
Liefert Holz und Kohlen bei billiger Berechnung mit Haus- / Kelleranlieferung und mehrzeitiger zur Abführung von Lohnzinsen.

Maß-Anzüge
Johannes Schwarz, Pirna, Markt 16, I.
Großes Tuchlager!

Holz- und Kohlenhandlung
Pirna, Steinplatz Nr. 18
Um gütigste Unterstützung bittet
Fa. Gebrüder Ködritz
Inhaber: Arthur Zänigler

Libfur vom Typen imbruyum jetzt macht es möglich!
Das Programm der Kommunistischen Internationale kauft jeder Genosse im Literaturvertrieb Viktoriastr. 21.



Brof. Weiß- und Feinbäckerei Friedrich Tröger
Bäckermeister
Königsplatz 20
II. Torten u. Kuchen
Frühstücktreibhaus

Brof. Weiß- und Feinbäckerei Bruno Hörrich
empfehlend sich der Arbeiter-schaft
Leibniz, Pirnaer Landstr. 616

ff. Fleisch- und Wurstwaren
empfehlend
Willy Simmchen
Reifenau, Dresdener Str. 19

Sie haben Freude am Reinigen durch
IMI Henkel's Spül- und Reinigungs-Mittel
für Haus- und Küchengerät
Hergestellt in den Persil-Werken.

Ernst Mersiovsky
Uhrmacher und Juwelier, Bautzen / Tel. 3885
Uhren - Goldwaren - Sportpreise

Fellgerberei
Rebelsfelder Str. 21

STARKE'S KURBAD nur DRESDEN, N. 6, Bautzener Straße 31 I. Rüt Nr. 5102
P. rsöal. Leitung! Geprüft Personal! Anerk. eine führende Anstalt am Platz! Besucht die Privatkurbäder! An alt. Krankenkass. zugelassen!

Werbt neue Leser für die Arbeiterstimme!

Zur revolutionären Klassenkampf — gegen Verwirrungsmanöver und Arbeiterbetrug — für den Sieg des Proletariats!

Erläuterung der kommunistischen Landtagsfraktion zur Wahl des Ministerpräsidenten

Die kommunistische Fraktion gab zur Wahl des Ministerpräsidenten folgende Erklärung ab:
Der Sächsische Landtag trat zusammen in einer Situation, die gekennzeichnet ist durch die Zuspitzung der Gegensätze im imperialistischen Lager, die wachsende Kriegsgefahr und die Verschärfung der Klassengegensätze.

Der Ausgang der Pariser Reparationsverhandlungen zeigt, daß die Gegensätze zwischen den kapitalistischen Staaten sich keineswegs durch Verhandlungen beseitigen lassen, sondern daß die Spannungen anwachsen und größer werden. Die vorübergehende Verständigung in Paris ändert gar nichts, sie zeigt nur die Gemeinsamkeit der Interessen der Kapitalisten aller Länder gegen die proletarische Revolution und den Befreiungskampf der Arbeiter.

Die Tributverpflichtungen, die den deutschen Kapitalisten auferlegt wurden, sollen durch diese auf dem Wege des kriegerischen Angriffs gegen den ersten Staat der Arbeiter und Bauern und durch die Niederwerfung und gesteigerte Ausbeutung der deutschen Arbeiter herausgeholt werden.

Ganz deutlich wurde den deutschen Unterhändlern, diesen Kaufleuten der deutschen Kapitalisten in Paris, erklärt, daß mit d. r. Niederwerfung der Arbeiter- und Bauernrepublik und der Tributpflichtmachung der Sowjetunion eine Erleichterung der deutschen Zahlungen eintreten könne. Die deutschen Imperialisten haben in Paris zwar keine direkten oder bedeutenden Erleichterungen erhalten, dafür aber die ganz deutliche Aufforderung, sich diese Erleichterungen durch

die Einreihung in die imperialistische Kriegsfront gegen die Sowjetunion und die Eröffnung und Einleitung der kriegerischen Verteidigung zu erwerben.

Die deutschen Kapitalisten haben diese Aufforderung nicht entgegengenommen, und die unter sozialdemokratischer Führung stehende Herrmann-Müller-Regierung hat durch ihre Protestnote an die Sowjetregierung anlässlich der Maidemonstration der Moskauer Arbeiter gezeigt, daß sie gewillt und bereit ist, während und parallel mit den Kriegstreibern zu wirken. Um die Kriegstreiber vor der Arbeiterschaft zu verschleiern, verbündeten Bürgerliche und Sozialdemokraten die Besprechung über die Verhandlungen in Paris sowohl im Auswärtigen Ausschuss als auch im Plenum des Reichstages.

Die kommunistische Partei lenkt die Aufmerksamkeit der gesamten Arbeiterschaft auf diese Kriegsgesfahren, und insbesondere auf die Rolle, die die Sozialdemokraten dabei spielen. Erst der Eintritt der Sozialdemokraten in die Reichsregierung und ihre führende Tätigkeit ermöglichte es den deutschen Imperialisten, ihre Kriegspraktiken in dem Umfang durchzuführen. Erst die positive Unterstützung der Sozialdemokraten ermöglicht die Fortsetzung der aggressiven Kriegsrüstungen, der Aufrüstung der Reichswehr und den Panzerkreuzerbau.

Während außenpolitisch sich die deutschen Imperialisten zur offenen Beteiligung an einem neuen Krieg mit der Front gegen die Sowjetunion rüsten, gehen sie im Lande dazu über, die brutalsten Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft durchzuführen.

Die Nationalisierung der Betriebe wird in gesteigertem Maße fortgesetzt. Die Ausbeutung der Arbeiter wird gesteigert. Durch den systematischen Widerstand der Unternehmer gegen jede Lohnsteigerung, durch die Schlichtungspolitik — wobei die im kapitalistischen Staatsapparat stehenden sozialdemokratischen Minister in Gemeinamkeit mit den jede Streikbewegung abwürgenden reformistischen Gewerkschaftsführern die Aufgaben des Trustkapitals durchzuführen — wird der Reallohn gesenkt. Die Preise des Lebensbedarfs steigen ständig höher. Eine neue Welle von Massensteuern und Wucherzinsen ist in Vorbereitung. Hund in Hund damit geht der Abbau der Sozialversicherung und der Erwerbslosenversicherung.

Krieg gegen die Sowjetunion, gesteigerte Ausbeutung, Lohnraub, Steuerraub an den Massen und Steuerdrückbergererei der Kapitalisten, brutale und blutige Unterdrückung der Arbeiterschaft, das sind die Mittel und Methoden, mit denen die Trustbourgeoisie ihre Herrschaft aufrechterhalten, festigen und ausbauen will.

Die Masse der Arbeiter sinkt dabei in immer tieferes Elend. Die Proletarisierung der arbeitenden Bauern und Handwerker schreitet in gewaltigem Umfange fort. Die industrielle Reservearmee, das Heer der Erwerbslosen, wächst ständig an. Die Wohnungsnot steigt, Krankheit und Unterernährung vernichten große Teile des Proletariats, insbesondere der proletarischen Kinder.

Schon während des Wahlkampfes haben die Kommunisten die Arbeiter darauf hingewiesen,

daß diese Situation durch keine gleichartige Parteien Zusammenfassung eines bürgerlichen Parlaments geändert wird.

Der bürgerliche Parlamentarismus ist zur Masse zur Verschleierung der großkapitalistischen Diktatur, die von den Trustkapitalisten dann belächelt worden wird, wenn sie die Zeit zur offenen Diktatur für gekommen erachtet.

Die kommunistische Partei hat während des Wahlkampfes den Massen der Arbeiter mit aller Klarheit aufgezeigt, daß eine aus einem bürgerlichen Parlament hervorgegangene Regierung, auch wenn diese in der Form einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung austritt, nichts anderes sein kann als eine Vertretung der Interessen des Trustkapitals. Das Winken der sozialdemokratischen Koalitionsregierung im Reich bestätigt diese Feststellung im vollsten Umfange.

Die deutsche Bourgeoisie schließt sich an, ihre Diktatur mit Hilfe der Sozialdemokraten zu errichten.

Sozialdemokraten leiten und vollführen die Maßnahmen zur brutalsten Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter. Der sozialdemokratische Arbeitsminister Wislitzki verhängt Schlichtungssprüche, die den arbeitserleidenden Inhalt der Schlichtungssprüche des früheren Zentrumsministers Bruns übersteifen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer spalten die Gewerkschaften und werben die revolutionären Arbeiter aus den Organisationen heraus, um die Koalitionspolitik zur Unterstützung der Unternehmeroffensive durchzuführen zu können. Während die Sozialdemokraten die Mittel für den Panzerkreuzerbau bewilligten, lehnten sie selbst die geringsten Mittel für Kindererziehungen ab. Erst am Montag, dem 3. Juni, haben

die Sozialdemokraten in Einheitsfront mit den Bürgerlichen im Reichstag den kommunistischen Antrag zur Kindererziehung abgelehnt, aber ihre Bereitschaft zu neuen Wucherzinsen zum Ausdruck gebracht. Der sozialdemokratische Finanzminister Hülferding führte über den Weg der Reichsanleihe

Die Steuerfreiheit der Großbesitzer

herbei, während er gleichzeitig

neue Massenbelastungen und den Abbau der Erwerbslosenunterstützung sowie die Erhöhung der Erwerbslosenversicherungsbeträge durchzuführen bereit ist

Am Beginn einer neuen Nationalisierungswelle, angesichts eines bevorstehenden neuen imperialistischen Krieges sollen die Arbeiter müde gemacht und von jedem Kampf um ihre Interessen und für ihre Befreiung abgelenkt werden.

Diesem Zweck dient der sozialfaschistische Terror, der sich in der Unterdrückung der Arbeiter, dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes, der kommunistischen Zeitungen und der Demonstrationen des revolutionären Proletariats zeigt. Ihren bis jetzt brutalsten Ausdruck fand diese sozialfaschistische Diktatur bisher in den Vollzeimassnahmen des sozialdemokratischen Volkspräsidenten von Berlin, Jörgel. Dieser Sozialdemokrat verbot den Arbeitern die Demonstrationen zum 1. Mai.

Als die Arbeiter sich ihr seit 40 Jahren erkämpftes Recht auf die Maidemonstrationen nicht rauben ließen, richtete er unter ihnen ein fürchterliches Blutbad an, dem 28 meist unbeteiligte Männer und Frauen zum Opfer fielen.

Ein Sozialdemokrat war der Arbeitermörder vom 1. Mai 1929, ein Sozialdemokrat führte durch, was der Deutschnationale v. Reußel nicht vermochte, das Verbot des Roten Frontkämpferbundes. In Baden verbot der Sozialdemokrat Kemmel den Roten Frauen- und Mädchenbund.

Dieser Sozialfaschismus führt zur Stärkung des reinen Faschismus, der Nationalsozialisten und der Stahlhelmbewegung!

Während man die Demonstrationen der revolutionären Organisationen verbietet, unterstützt und fördert man die Aufmärsche der Faschisten.

Auf dem Magdeburger Parteitag verkündete der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Wels, daß die SPD ein Regiment der Diktatur durchzuführen bereit sei und sich hierfür vorbereite. Der Parteitag befähigte und billigte die gegen die revolutionären Arbeiter gerichtete Politik der sozialdemokratischen Minister und Führer.

Die sogenannten „linken“ Sozialdemokraten unterwarfen sich auf dem Magdeburger Parteitag vollständig der sozialfaschistischen Politik, mehr noch, sie förderten diese Politik durch ihr Auftreten. Die Soldaten, Kessl und Genossen stellten sich nicht grundsätzlich gegen den Parteivorstand und die Politik der Minister, sie vollführten nur eine gelinde Kritik und machten Vorschläge, wie man diese Politik besser, d. h. massenbetriegerischer durchführen könne.

Die gesamten sächsischen sozialdemokratischen Zeitungen, voran die Dresdener Volkszeitung, begrüßen und popularisieren den sozialfaschistischen Kurs des Magdeburger Parteitages. Sie zeigen damit, daß ihre Scheinopposition nur dem Zweck dient, die konterrevolutionäre Politik der SPD zu verschleiern, die Arbeiter an die SPD zu fetten und den Sozialfaschisten zugutreiben.

Während des Wahlkampfes betrieben die „linken“ Sozialdemokraten die wälteste Kommunistenhege. Nach der blutigen Niederwerfung der Berliner Arbeiter durch die Polizei des Sozialdemokraten Jörgel vollführten sie gemeinsam mit den Bürgerlichen die wälteste Bluthete gegen die Kommunisten. Zum Kampf gegen die revolutionäre Arbeiterschaft war die Einheitsfront des gesamten Bürgerblods mit den „linken“ Sozialdemokraten vollständig geschlossen.

Wenn die sächsischen Sozialdemokraten jetzt einen Ministerpräsidenten vorschlagen und ein sogenanntes Regierungsprogramm aufstellen, so ist das nichts weiter als ein neues Manöver zur Irreführung der sozialdemokratischen Arbeiter und der Wählerschaft, während sie in Wirklichkeit auch in Sachsen die Koalitionsregierung anstreben.

Die Sozialdemokraten haben schon vor 3 Jahren ein fast gleiches Programm aufgestellt. Sie wissen ganz genau, daß sie auf parlamentarischem Wege selbst die schärfsten und jaghaften Forderungen ihres Programms nicht zu erfüllen vermögen. Außerparlamentarisch aber führen sie nicht nur keinen Kampf um elementarste Forderungen der Arbeiter, sondern hindern die revolutionäre Arbeiterschaft an jeder Kampfhandlung. Durch die Annahme von Vereinbarungen und Schlichtungssprüchen zu den elendsten Bedingungen liefern die Gewerkschaftsführer die Arbeiter auf Jahre hinaus der brutalsten Ausbeutung der Unternehmer, dem Hunger und Elend aus. Durch die Schlichtungspraxis des sozialdemokratischen Arbeitsministers Wislitzki werden die Arbeiter an das Trustkapital verkauft und die elementarsten Forderungen der Arbeiter verraten.

Gegen die Beseitigung der Erwerbslosenunterstützung haben die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer nicht nur nichts unternommen, sondern sie leisten bei diesem Abbau aktive Hilfe. Sie treten ein für die schandbare Staffellung der Unterstützung. Sie treten ein für die Erhöhung der Versicherungsbeiträge und laden durch die Einführung der Verschärfungen die Lasten des kapitalistischen Zusammenbruchs auch in diesem Falle den Arbeitern auf, während sie damit gleichzeitig die Kapitalisten entlasten. Aber auch parlamentarisch denken die Sozialdemokraten gar nicht daran, ernsthaft etwas für die aufgestellten Forderungen zu unternehmen. Haben sie doch im vorigen Landtag selbst alle Forderungen zur Verbesserung des Arbeiterlohnes, der Sozialfürsorge und alle Forderungen der Erwerbslosen abgelehnt. Schon dort bezogen sie eine

Einheitsfront mit dem Heilt-Bürgerblod.

Wenn diese Sozialdemokraten in der Regierung sitzen werden, dann werden sie nach dem Vorbild von Hermann Müller und Jörgel die Politik der Heiltregierung nur noch brutaler fortsetzen.

Auch im Präsidium des Landtages hat die Sozialdemokratie die Geschäfte des Bürgerblods auf der Plattform des bürgerlich-kapitalistischen Staates durchgeführt. Sie haben nichts Ernsthaftes unternommen, um die weitere Verschlechterung der revolutionären Geschäftsordnung zu verhindern. Auch unter der Tätigkeit des sozialdemokratischen Landtagspräsidenten wurden alle Maßnahmen dieser reaktionären Geschäftsordnung in Anwendung gebracht. So wurden bei der Besprechung der Erwerbslosenanstrengungen die Erwerbslosen, die für ihre elementarsten Forderungen demonstrierten, mit brutaler Gewalt von der Tribüne vertrieben. Kommunistische Abgeordnete wurden aus dem Parlamentsaal entfernt. Die sozialdemokratische Partei und ihre Landtagsfraktion gehören auch in Sachsen sachlich und praktisch zu dem Blod der Konterrevolution, der die Wirtschaft der kapitalistischen Nationalisierung, der Massenausbeutung und Ausbeutung, des Steuerdrucks und der brutalen Niederwerfung der Arbeiterschaft zum Aus- und Aufbau der kapitalistischen Gesellschaft vollführt.

Nur die kommunistische Partei führt den Kampf gegen den Kapitalismus, den kapitalistischen Staatsapparat und die gesamten Kräfte der Konterrevolution für die Befreiung der kapitalistischen Gesellschaft und den Sieg der Arbeiterklasse. Die kommunistische Partei hat wie immer auch im Wahlkampf den Massen gesagt, daß der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen Situation nur

der Massenaufstand des Proletariats, die Niederringung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Befreiung des kapitalistischen Staatsapparates und die Errichtung des proletarischen Staates ist.

Nur die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist die Basis zum Aufbau des Sozialismus!

Der Ausgang der Wahlen zeigt, daß die revolutionäre Haltung der kommunistischen Partei die Arbeiter in breiter Weise für die revolutionäre Klassenfront gewinnt. Die Massen des revolutionären Proletariats sehen zur führenden Partei des Proletariats, der KPD.

Die in Sachsen von Böttcher geführten Brandleristen, die während des Wahlkampfes gegen die KPD die schmutzigsten Verleumdungen vollführten, die den Sozialdemokraten die Waffen gegen die KPD lieferten und versuchten, die Arbeiter zu verwirren, sind entscheidend gescheitert. Die Arbeiter sind dieser Renegatengruppe nicht gefolgt, sie ist aus diesem Landtag verschwunden.

Dort, wo die kommunistische Partei ihre revolutionäre Politik am entschiedensten und zielstärksten durchführte (wie in Clauscha, Meerane, Wurzen und vielen anderen Orten) stießen trotz dem Terror, trotz der wälsten Bluthete der vereinigten Bürgerlichen und Sozialdemokraten und dem verwirrenden Auftreten der Brandleristen neue Arbeitermassen zur KPD, während die Sozialdemokraten verloren und die Bürgerlichen und Faschisten geschlagen wurden.

Diese Tatsache verpflichtet die kommunistische Partei und spornt sie an, ihren Kampf gegen die kapitalistische Konterrevolution und deren Helfer, die Sozialdemokraten, für die Befreiung der Arbeiterklasse, für die proletarische Revolution in verstärkter Weise und mit gesteigerter Energie weiterzuführen. Die kommunistische Partei wird die Sozialdemokratie bei ihren demagogischen Manövern zur Verwirrung der Arbeiter rücksichtslos entlarven.

Die kommunistische Partei stimmt gegen jeden Vertreter der bürgerlichen Parteien, diese offenen Feinde des Proletariats. Sie lehnt es aber auch ab, ihre Stimme einem Vertreter der Partei des Berliner Volkspräsidenten Jörgel, des Schuldigen an den Arbeitermorden vom 1. Mai, einem Vertreter der Partei des Panzerkreuzerbaues, der Massensteuern, des Steuerdrucks an die Großbesitzer, des Zollwuchers und des Konterverbots zu geben.

Die KPD lehnt es ab, einem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten die Zustimmung zu geben

Die kommunistische Partei fordert die Massen der Arbeiter auf, mit aller Klarheit die Rolle des Parlaments und der den kapitalistischen Staat erhaltenden und verteidigenden Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten zu erkennen. Die kommunistische Partei steht, wie gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und den kapitalistischen Staatsapparat, auch zu diesen Parteien in schärfster Kampfstellung.

Die KPD vertritt schonungslos und konsequent die Interessen der Arbeiterklasse. Zum Kampf um diese Interessen mobilisiert sie die Massen der Arbeiter.

Der Parteitag der KPD hat die geschlossene Einheitsfront, die revolutionäre Entschlossenheit der Partei bewiesen. Er hat aber auch bewiesen, daß die Massen des revolutionären Proletariats zur revolutionären Partei, zur KPD stehen. Tausende von Delegierten aus den größten Betrieben Berlins, Jahn- und Tausende von Demonstranten legten ihr Treuegelöbnis für die Partei der proletarischen Revolution ab.

Der Parteitag der KPD gelobte die entschiedenste Fortsetzung und Entwicklung des proletarischen, revolutionären Klassenkampfes.

Die KPD fordert alle Arbeiter auf, mit ihr gemeinsam zu kämpfen:

- gegen den Terror der Unternehmer,
 - gegen Steuerraub, Lebensmittel- und Zollwucher,
 - gegen die blutige Unterdrückung und die Verbote der revolutionären Organisationen und Presse,
 - gegen den Sozialfaschismus und die Kriegshege,
 - gegen den sächsischen Nationalsozialismus und die Stahlhelmbewegung,
 - für höhere Löhne,
 - für die Verkürzung der Arbeitszeit,
 - für den 8tündigen Maximalarbeitstag,
 - für Wohnungen für Proletarier,
 - für Organisations-, Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit,
 - für den Schluß der Sowjetunion
- die revolutionäre Einheitsfront zu schließen, sich unter dem Banner des Kommunismus zu sammeln und den Kampf gemeinsam mit der kommunistischen Partei gegen alle Ausbeuter, deren Helfer und ihren Staat zu führen für die Diktatur des Proletariats, für den Kommunismus.

Die sächsische Landtagsfraktion der kommunistischen Partei Deutschlands.

Referat des Gen. Merker auf dem 12. Parteitag der KPD.

Ueber „Wirtschaftskämpfe und revolutionäre Gewerkschaftspolitik“

(Im einleitenden Teil seines Referats schildert Gen. Merker eingehend die sozialökonomische Entwicklung der Gewerkschaftsführer. Die Rolle der Arbeiteraristokratie und der Amsterdamer Internationale.)

Der Ausgangspunkt der revolutionären Gewerkschaftsarbeit

Genossen, ich komme zu den Fragen der Taktik der Kommunisten unter Beachtung der Tatsachen, die ich dargelegt habe. Wir können unsere Politik in einem Satz zusammenfassen und zwar: wir sind

die Partei, die die Politik der Arbeiterklasse führt

und nicht die Interessen einer privilegierten Oberschicht innerhalb der Arbeiterklasse vertritt.

Unsere Einstellung zu den von den Rechten und Besessenen verpönten unorganisierten und schlecht bezahlten Arbeitern stützt sich also auf marxistisch-leninistische Grundlagen. Diese Schicht, die die überwältigende Mehrheit der Arbeiterklasse darstellt, muß die Partei durch ihre Arbeit sammeln, von der klassenverräterischen Gewerkschaftsbürokratie ablösen, ihr Klassenbewußtsein heben, ihre Kampferfahrungen heben und sie mobilisieren. Die Scheidung innerhalb der deutschen Arbeiterklasse geht nicht zwischen Organisierten in den Gewerkschaften und Unorganisierten, sondern in der obersten arbeitseristokratischen Schicht und zwischen den schlecht bezahlten unterdrückten Massen.

Der Kampf um die breiten Schichten der unorganisierten Massen in den wichtigsten Industriezweigen ist untrennbar verbunden mit dem Kampf um die organisierten Arbeiter, besonders um diejenigen, die zu den unterdrückten, schlecht bezahlten Schichten gehören, die aber noch der Beeinflussung der sozialimperialistischen Führer unterliegen.

Wir betrachten die Unorganisierten, die in zahlreichen Kämpfen in einer Front mit den Organisierten gestanden haben unter Führung der revolutionären Opposition, keineswegs als *Erziehbarer*, nicht minderwertiger als die organisierten Arbeiter. Wir erklären ganz offen, die unterdrückten, schlecht bezahlten und unorganisierten Schichten stehen uns näher als der arbeitseristokratische Teil der gewerkschaftlich Organisierten. (Sehr richtig!)

Wir befragen die Arbeiter nicht, wie es die Reformisten tun, wenn sie erklären, daß gewerkschaftlich organisierte Teil der Arbeiterklasse ist der fortgeschrittenste und führende, sondern wir vertreten einseitig, daß führend nur die

revolutionäre Opposition im proletarischen Klassenkampf

sein kann.

In den Gewerkschaftsorganisationen befinden sich neben der fortschrittenen, besessenen Oberschicht der Arbeiteraristokratie und zahlreichen schlecht bezahlten Arbeitern auch breitere Schichten der schlecht bezahlten Massen, die nach Millionen zählen. Die Leitung der Verbände, von der Spitze bis zu den unteren Organisationen, liegt aber in den Händen der Oberschicht, die

kein Interesse an großen Kämpfen

zum Nutzen der Gesamtbelegschaften hat.

Bedeutet es, wenn wir die Arbeiteraristokratie bekämpfen, obwohl sie in der großen Mehrheit gewerkschaftlich organisiert ist, daß wir überhaupt gegen die in den Gewerkschaften organisierten Massen eine feindselige Einstellung haben? Das ist keineswegs der Fall. Wir kämpfen um die Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Unser Gegensatz zu den Liquidatoren und den Besessenen besteht also nicht darin, daß sie für die Arbeit in den Gewerkschaften eintreten und wir gegen eine solche sind, sondern die Differenz besteht in der Frage:

wie und mit welchem Ziel führen wir die Arbeit in den Gewerkschaften durch.

Ich glaube, daß die These zum 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale in kongressarischer und klarer Form die zentrale Aufgabe der kommunistischen Parteien in folgendem Satz formuliert haben, den jeder Kommunist eifrig studieren muß. Dieser Satz, der nach meiner Meinung die Grundtendenz für die Arbeit der kommunistischen Parteien gibt, lautet:

„Eine der Hauptaufgaben, die die revolutionäre Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern erschwert, besteht darin, daß es dem Kapital, dank dem Kolonialbesitz und Surplusgewinnen des Finanzkapitals usw. hier gelungen ist, eine verhältnismäßig breitere und handlichere Schicht der kleinen Minderheiten der Arbeiteraristokratie auszuhebeln. Sie genießt die besten Lohnbedingungen und ist am meisten vom Geist jüngerer Beschränktheit, von spießbürgerlichen und imperialistischen Vorurteilen durchdrungen. Das ist die wahre soziale Stütze der II. Internationale, der Reformisten und der Zentrumsleute und im gegenwärtigen Augenblicke ist dies beinahe die einzige soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Keine, auch nur vorläufige Vorbereitung des Proletariats zum Sturz der Bourgeoisie ist ohne unverzüglichen systematischen, ausgedehnten Kampf mit dieser Schicht möglich, die zweifellos, wie durch die Erfahrungen schon völlig erwiesen ist, nach dem Siege des Proletariats nicht wenig Elemente für die bürgerlichen weißen Gardien liefern wird.“

Alle der kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen um jeden Preis die Bolungen durchführen „Kleber in die Massen“ — „engere Verbindung mit den Massen“, wobei unter den Massen die Gesamtheit der Werktätigen und vom Kapital Ausgebeuteten zu verstehen ist, besonders diejenigen, die am wenigsten organisiert und ausgelastet, am härtesten gedrückt und der Organisation am wenigsten zugänglich sind.“

Diese These, die vom Genossen Lenin geschrieben wurde, gibt gleichzeitig die Analyse der sozialökonomischen Ursachen der Spaltung der Arbeiterklasse in der imperialistischen Phase des Kapitalismus und zeigt die Strategie der kommunistischen Parteien, oder richtiger, den Ausgangspunkt für diese Strategie. Es ist die höchste Zeit, daß die Partei die marxistisch-leninistische Grundlage für die revolutionäre Strategie und Taktik erkennt, was die beste Garantie für die richtige Durchführung dieser Taktik sein wird.

Auch der Charakter des Wirtschaftskampfes hat sich in der Nachkriegsperiode geändert. Die Streiks in der Zeit der Monopole, Trusts und Konzerne haben besonders in Deutschland politische Auswirkungen und steigen oft zu politischen Kämpfen.

Auch die Rolle der Reformisten, des Gewer-

schaftsapparates ist in der Nachkriegsperiode anders geworden. Der Gewerkschaftsapparat hat sich in eine Streiktreiberorganisation verwandelt. Mit besonderem Nachdruck zeigen sich die Gewerkschaftsführer von großen ökonomischen Kämpfen ab, weil eben diese Kämpfe sehr leicht in politische Kämpfe umschlagen.

Wir, die Reformisten und die Brandleristen

Was ist der Unterschied zwischen uns, den sozialdemokratischen Führern der Gewerkschaften und den rechten Liquidatoren in der Frage des Wirtschaftskampfes?

Die sozialimperialistische Bürokratie und ihre arbeitseristokratischen Anhänger sind gegen Streikämpfe überhaupt. Sie betrachten für sie unvermeidliche Streiks als eine Schädigung der kapitalistischen Wirtschaft und betrachten sie deshalb als ein „Hemmnis für den Aufstieg der Arbeiterklasse“. Sie befragen die Arbeiter, indem sie ihnen eine friedliche Entwicklung zum Sozialismus vorkaufeln. Daran ändert nichts, daß sie hier und da unter dem Druck der Massen oder aus organisatorischen Gründen Streiks proklamieren oder sich an die Spitze ausgesperrter Arbeiter stellen. Jederzeit besteht ihre Rolle darin, schnellstens durch ein Kompromiß auf Kosten der Arbeiter, ohne die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie zu schädigen und ohne gegen den kapitalistischen Staat anzutreten, die Streiks zu beenden.

Die rechten Liquidatoren ignorieren die tatsächliche Spaltung der Arbeiterklasse in eine arbeitseristokratische Oberschicht und die breiten notleidenden Massen. Die Brandler und Thalheimer müssen infolgedessen zu der Auffassung kommen, daß die reformistischen Gewerkschaften den Wirtschaftskampf in breiterem Maße führen können und werden, daß in dieser Frage zwischen der revolutionären Opposition und den Sozialimperialisten nur ein gradueller Unterschied, aber kein grundsätzlicher besteht. Das führt zu der Auffassung, daß zur Führung des ökonomischen Kampfes ein Zusammenarbeiten mit der sozialimperialistischen Gewerkschaftsbürokratie möglich ist, daß sich erst dann die Geister scheiden, wenn es gilt, den ökonomischen Kampf zur politischen Massenbewegung der gesamten Arbeiterklasse zu steigern.

Die Anschauung führt zu der Auffassung, daß die Gewerkschaften allein zur Führung des gewerkschaftlichen, des ökonomischen Kampfes berechtigt sind, daß der Verlust der Partei, die ökonomischen Kämpfe zu organisieren und zu führen, im Gegensatz zu der sozialimperialistischen Bürokratie, gestützt auf die breiten und untersten Schichten der Arbeitermassen, ein Verbrechen bedeutet und zur Spaltung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften führt. Sie führt ferner zu der Illusion, daß es möglich ist, den Gewerkschaftsapparat ideell und organisatorisch für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen.

Diese Anschauung ist die Grundlage für die Forderung, daß die Kommunisten erst während in den ökonomischen Kämpfen auftreten dürfen, wenn sie die Gewerkschaftsoppositionen erobern haben, daß sie erst dann Beziehung zu den unorganisierten Arbeitern, zu ihrer Eingliederung in die Kampfesfront und zu ihrer Beteiligung in die Kampfstellungen aufnehmen dürfen. Mit ihr verwechseln die Brandler, Thalheimer und Walcher die Taktik der Einheitsfront aus einer Methode zur Entfaltung der sozialimperialistischen Bürokratie, zur Beseitigung des reformistischen Einflusses und zur Sammlung der Massen für den revolutionären Klassenkampf in eine Methode zur Vereinerlichung der Führer.

Die Konsequenz ihrer Stellung ist die Unterliegung der sozialimperialistischen Bürokratie und der Kampf gegen die kommunistische Partei.

Unsere Ansichten

Die Kommunisten enthielten demgegenüber das Besondere des proletarischen Klassenkampfes in der Epoche des neudeutschen Imperialismus, die Verbindung des ökonomischen Kampfes mit dem politischen Massenstreik, die ein Produkt der imperialistischen Phase der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung ist. Sie enthielten die außerordentliche politische Bedeutung der Kämpfe um Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Sie ziehen aus dieser Erkenntnis die richtige Konsequenz, daß die sozialimperialistische Gewerkschaftsbürokratie und ihre arbeitseristokratische Anhang allen ökonomischen Massen kämpfen mit ihren politischen Konsequenzen, die sich auch gegen die eigene gebundene Ziffern richtet, feindselig gegenüberstehen und solche Kämpfe gemeinsam mit der Bourgeoisie sabotieren. Diese Tatsachen machen die Gewerkschaften unfähig zur

Führung des ökonomischen Kampfes, der sich klassenmäßig geführt — und das kann nur die Partei — zum revolutionären politischen Kampf ausweiten muß und die wichtigste Vorbereitung ist für die Durchführung der endgültigen Befreiungskämpfe der Arbeiterklasse.

Insolgedessen kann auch der ökonomische Kampf in breiterem Maße nur von der revolutionären Opposition organisiert und unter Leitung der kommunistischen Partei geführt werden. Das müssen wir in die Köpfe aller Arbeiter einhämmern. Das erfordert die Mobilisierung der gesamten unterdrückten Schichten der Arbeiter, organisierte wie unorganisierte. Das erfordert die Herausbildung einer selbständigen revolutionären Führung der Arbeiterkämpfe, das erfordert die Verdrängung der arbeitseristokratischen Elemente aus allen Positionen der Arbeiterbewegung und den Vernichtungskampf gegen die sozialimperialistische Gewerkschaftsbürokratie.

Ausbildung der Wirtschaftskämpfe

Wir stellen vor die Gewerkschaftsopposition die Aufgabe, Kämpfe auszuführen und sie selbständig gegen das Unternehmertum und den Gewerkschaftsapparat zu führen. Wir müssen deshalb auf das sorgfältigste die Bedingungen studieren, unter welchen wir unsere Aufgabe lösen wollen.

Es ist selbstverständlich nicht gleichgültig, ob wir es mit der Periode der Hochkonjunktur oder der Krise zu tun haben. Die Reformisten behaupten bekanntlich, daß ein Wirtschaftskampf nur in der Zeit der Hochkonjunktur erfolgreich sein kann. Das hört sie trotzdem nicht, auch in der Hochkonjunktur Kämpfe möglichst zu vermeiden und bei ihrem Ausbruch abzuwürgen. Die Arbeiterklasse muß die Konjunktur rückwärts für die Erhöhung der Löhne und für Verkürzung der Arbeitszeit ausnützen.

Aber auch in der Zeit der Krise und Depression sind erfolgreiche Wirtschaftskämpfe unbedingt möglich. Allerdings müssen die Wirtschaftskämpfe in der Periode der Krise und Depression anders geführt werden als in der Periode der Hochkonjunktur. In der Periode der Krise ist es angebracht, das Augenmerk auf die Verbindung der Betriebskollegen mit den großen Massen der Arbeitlosen zu lenken. Als zentrale Forderung bei solchen Kämpfen ist die Verkürzung der Arbeitszeit gegeben.

In einer solchen Periode verandelt sich der ökonomische Kampf immer mehr in einen politischen. Die Forderungen: Verkürzung der Arbeitszeit, Einstellung der Arbeitlosen in die Betriebe, ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen auf Kosten der Unternehmer, sind die geeigneten Übergangslösungen zur Verbindung des ökonomischen Kampfes mit dem politischen Kampf gegen das ganze Ausbeuterregime. In der Zeit der Krise, bei der weiteren Zuspitzung der Klassengegensätze, wird der Rahmen der ökonomischen Kämpfe gesprengt werden.

Die Frage der Verbindung der ökonomischen und politischen Kämpfe wird mehr und mehr akut. Es gehört dazu eine konsequente revolutionäre Propaganda. Wir haben z. B. folgenden Fall: Die Labour-Regierung hat angeflüstert, daß sie bereit ist, das Washingtoner Abkommen zu ratifizieren. In England besteht seit der Achtstundentag, so daß diese Ratifikation nur eine Geste ist, die Macdonald gerne machen wird. Bekanntlich hat die deutsche Bürgerbewegung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens von der englischen Ratifizierung abhängig gemacht. Die sozialdemokratische Presse und der ADGB, werden sich die Mühe geben, aus der geschaffenen Situation Kapital zu schlagen. Ratifizierung werden der ADGB, und die sozialdemokratischen Zeitungen trommeln, daß durch das Entsetzen der Labour-Regierung auch für die deutschen Arbeiter der Achtstundentag in die Nähe gerückt ist. Die Reformisten werden versuchen, neue Illusionen in der Arbeiterklasse zu verbreiten. Wir wissen aber ganz genau, daß die deutsche Bourgeoisie keineswegs den Achtstundentag auf solche Art und Weise geben wird. Der Achtstundentag kann nur im Kampf der Arbeiterklasse erobert werden. Wir müssen deshalb schon jetzt wirkungsvoll gegen die reformistischen Illusionen auftreten. Hier ist eine Möglichkeit gegeben, propagandistisch das enge Verhältnis zwischen dem politischen und wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse aufzuzeigen.

(Schluß folgt)

Die Grundsätze unserer Taktik im Wirtschaftskampf

Wäre Strategie und Taktik im Wirtschaftskampf wird bestimmt in großem Maße durch die allgemeine Beschaffenheit der Klassengegensätze und durch die sozialökonomische Politik der Gewerkschaftsbürokratie. Die deutsche Bourgeoisie hat in den letzten Jahren große Fortschritte im Ausbau des Produktionsapparates und in ihrer Konzentration gemacht. Die Konzentration des Kapitals hat in Deutschland bereits ein Stadium erreicht, das nur noch durch die Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus überschritten wird. Das Gesamtbild der Kapitalkonzentration zeigen folgende Zahlen: Im Eisenbergbau ist das gesamte Aktienkapital in Konglomerat und Interessengemeinschaften vereinigt, im Braunkohlenbergbau sind 95,5 Prozent des gesamten Aktienkapitals konzentriert, im Steinkohlenbergbau 90,5, in der Eisen- und Metallgewinnung 88,5, in der elektrotechnischen Industrie 84,4 Prozent usw.

Die Bourgeoisie hat in ihren Händen kolossale Machtmittel zum Angriff auf die Arbeiterklasse. Gleichzeitig zeigen sich deutliche Tendenzen zur unmittelbaren häßlichen Beherrschung des Staatsapparates durch die riesenhaften Wirtschaftskonglomerate. Deutschland wird tatsächlich regiert von einer Handvoll Industriekapitalisten und Finanzmagnaten, an deren Spitze die Duisberg, Borsig, Krupp, Thyssen und andere stehen. Die Regierungen und die sozialdemokratischen Minister sind nur Werkzeuge der Beherrscher der Trusts und Monopole.

In Gegensatz zur Sozialdemokratie, die die Konzentration des Kapitals, die Verflechtung des Staates mit der Wirtschaft als einen ökonomischen und politischen Fortschritt betrachtet,

als einen Übergang von der anarchischen freien Konkurrenz zum organisierten Kapitalismus, die eine Milderung der Klassengegensätze bedeutet — erklären wir, daß die Kapitalkonzentration und ihre Verflechtung mit dem kapitalistischen Staat sowohl ökonomisch als politisch ein Maßstab der Reaktion bedeutet.

Die Anhäufung von ungeheuren Reichtümern in wenigen Händen der Industriekapitalisten schafft für die Bourgeoisie große Möglichkeiten in ihrem Kampf gegen das Proletariat. Die direkte Beeinflussung durch diese Industriekapitalisten des Staatsapparates stärkt die Kampfesfront des Unternehmertums ins ungeheure. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die den Kampf gegen das Unternehmertum tatsächlich führen will, muß diese Tatsache beachten.

Wir müssen zu gleicher Zeit die in der Arbeiterklasse vor sich gegangene strukturelle Umwandlung beachten. Wir haben besonders, wenn wir von den Grobbleiben sprechen, eine vollständige Veränderung der Struktur der Arbeiterklasse. Die Volks- und Betriebsräte von 1927 zeigt die Steigerung der Frauennarbeit in Industrie und Handwerk seit 1907 um 38,6 Prozent, im Handelsgewerbe um 65,8 Prozent. Auch die Zahl der Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren sind in der Industrie beschäftigt. Die Rationalisierung hat mit sich den Begriff des Dauererwerbslosseits gebracht. Während in der Vorkriegszeit ein „normales“ Referatvermögen von 2 bis 300 000 Personen in Deutschland vorhanden war, sind seit dem Jahre 1925 fast ununterbrochen 1 Million bis 2 Millionen Personen zu verzeichnen.

Parteiarbeiterkonferenz Groß-Dresden Donnerstag, den 20. Juni 1930 19,30 Uhr im Bürgergarten Löblau, Lübecker Straße

Streik in der AEG Annaberg i. Sa.

Am 15. Juni vormittags sind die Arbeiter der AEG in den Metallbau, Werkzeugbau, Automatenherstellung, Stanzerei, Schalterbau und die Elektroinstallateure in den Streik getreten. Die Arbeiter fordern die Erhöhung der Löhne und den Abschluß eines Manteltarifs.

Am Annaberger Bezirk bezieht für die Metallindustrie seit Ende April ein tarifloser Zustand. Das Lohnabkommen und der Manteltarif sind abgelaufen. Die DWA-Bürokratie, die bis heute mit den Unternehmern gefühlerlos umgegangen ist, wurde endlich gezwungen, die Zustimmung zum Streik zu geben. Es ist notwendig, daß die übrigen AEG-Betriebe keine Streikbrecherarbeit leisten.

Die Berliner Dreher für ihre oppositionelle Branchenleitung

Am vergangenen Freitag fand eine Versammlung der Dreher im DWA Berlin statt, die außerordentlich stark besucht war. Den Vorsitz führte der Branchenleiter Forster, gegen den der Verbandsvorstand ein einjähriges Beschlagnahmeverbot verhängt hat. Redner war der Führer der Kohrleger im DWA, Niederkirchner. Er gab zunächst einen umfassenden Rückblick über die Entwicklung des DWA in Berlin in den letzten Jahren, insbesondere über die Vorgänge und Beschlüsse auf dem Karlsruher Verbandstag. Dann schilderte er die Vorgänge, die der Ortsverwaltung als Vorstand dienen, ihn seiner Funktion als Branchenleiter der Kohrleger zu entheben und aus dem Verband auszuschließen.

Als einziger der Versammlung fand sich Jacob Walcher, der verurteilte, die schlechte Sache der Ortsverwaltung zu vertreten und zu warnen. Alle übrigen Diskussionsredner sprachen in einmündigen Sinne zu den Ausführungen des Referenten.

Gegen die Stimme Walchers nahm die Versammlung zwei Entschlüsse an. In der einen erklärt sie sich mit den Ausführungen Niederkirchners völlig solidarisch.

Schleifische Bergarbeiter gegen das Maiblutbad

In der letzten Jahreshauptversammlung in Weiskenstein wurde mit 4 Stimmen eine Entschlüsselung angenommen, in der die Mitglieder der Versammlung des Verbandes mit Entrüstung von der brutalen Unterdrückung der Berliner Maifeier Kenntnis nimmt und feststellt, daß noch keine Regierung bisher in soch unerhörter Weise ein Blutbad unter der Berliner Arbeiterschaft vorbereitete. Das Ergebnis des Mordens, 28 Arbeiter, trifft mit aller Wucht von Berliner Parteipräsidium Jörgel. Der Berliner revolutionären Arbeiterschaft entzündet die Bergarbeiter für ihren heftigsten Kampf gegen den Polizeiterror ihre Anerkennung und Sympathie.

Beiratsführung des DWA

Wie die Bürokratie Erfolge macht

Durch die SPD-Presse geht ein Bericht von der Beiratsführung des DWA, wonach Brandes der Vorsitzende triumphierend die Niederlage der Kommunisten bei den Betriebsrätewahlen festgestellt hat. Die Zahlen, die Brandes dazu bringt, lassen feststellen, daß die Zahl der kommunistischen Betriebsräte überhaupt eine ganz verschwindende Minderheit sind. Der gute alte Brandes hat nur eins vergessen zu berichten, nämlich, daß die Kommunisten bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen infolge ihrer Taktik des verschärften Kampfes und des selbständigen Auftretens gegen die sozialfaschistische Bürokratie des DWA, entscheidende Großerfolge, wie beispielsweise die AEG Berlin, mit revolutionären Betriebsräten besetzten. Die Bestimmungen der Metallarbeiter, die sich überall da, wo die Kommunisten einen energischen Kampf gegen die Bürokratie geführt haben, für die Opposition entschieden, sind den Reformisten in die Knochen gefahren, so daß sie jetzt mit allen möglichen unkontrollierbaren Zahlen jonglieren, um die „Erfolgslosigkeit“ der Opposition festzustellen. Wir stellen dazu fest: daß die Opposition in diesem Jahr erst in einer geringen Anzahl von Betrieben ihre Linie des selbständigen Auftretens durchgeführt hat. Im nächsten Jahre wird die Opposition auf einer weiteren Basis, als das diesmal möglich war, den Kampf aufnehmen. Alle zurechtgemachten Zahlen täuschen keinen Arbeiter über die Tatsache, daß die Massen der Metallarbeiter mehr und mehr sich loslösen von der reaktionären Bürokratie und sich hinter die Opposition stellen.

Ebenso zu bewerten sind die Zahlen, die der Vorsitzende Brandes auf der Beiratsführung über die Erhöhung der Löhne und den Abschlußvertrag gab. Auch diese Zahlen dienen lediglich dazu, den Metallarbeitern über die „Erzwingenshaft“ der wirtschaftsriedlichen Bürokratie Sand in die Augen zu streuen. Das wird am besten dadurch bewiesen, daß von den 1451 Bewegungen des Jahres 1928 mit 2,3 Millionen Beteiligten 815 durch

Der Kampf um die Arbeitslosenunterstützung

Die interfraktionellen Verhandlungen über die „Reform“ der Arbeitslosenversicherung sind gescheitert. Die bürgerlichen Parteien unter Führung der deutschen Volkspartei fordern eine gründliche Berichterstattung der Versicherungsbestimmungen, wie sie in der Unternehmerrichtschrift vom 1. Mai niedergelegt sind. Die Sozialdemokraten wollen solchen Anträgen nur zustimmen, wenn, wie der Vorwärts meldet, in dieses „Sofortprogramm“ die Beitragserhöhung und die Unterstützung der Saisonarbeiter hineingearbeitet wird. Die scheinbare Ausweglosigkeit, die durch das Scheitern der Verhandlung entstanden ist, soll dadurch behoben werden, daß die Anträge der verschiedenen Parteien im Reichstag direkt zur Entscheidung gestellt werden. Die Deutschnationale Volkspartei hat die Aufgabe übernommen, durch einen eingebrachten Antrag die Generallinie zu bestimmen, auf der sich die bürgerlichen Parteien zusammenschließen werden. Dieser Antrag fordert in Punkt 1 die Erhöhung der Karenzzeit für die Lohnklasse 9 bis 11 auf 24 Tage. Die Saisonarbeiter sollen die dreifache Karenzzeit, d. h. also in der Lohnklasse 9-11 gleich 72 Karenztage durchmachen, ehe sie eine Unterstützung erhalten.

Die Anwartschaftsdauer, die bisher 26 Wochen betrug und einen Anspruch auf 26 Wochen brachte, soll in Zukunft gekürzt werden. Beim Nachweis einer 2wöchigen Beschäftigung soll die Unterstützungsdauer 13 Wochen betragen, bei 34 Wochen 16 Wochen, bei 39 Wochen 19 und dann so weiter steigen, daß erst nach 52wöchiger Beschäftigung die Anwartschaft auf eine Unterstützungsdauer von 26 Wochen erfüllt ist.

Für Ehefrauen soll die Dauer der Anwartschaft mindestens 39 Wochen betragen. Für die Berechnung der Unterstützung soll nicht mehr wie bisher der Verdienst der letzten 13 Wochen, sondern das Einkommen der letzten 12 Monate maßgebend sein.

Die Versicherungsfreiheit soll eingeführt werden für alle Personen, die Pensionen, Wartegeld, Invaliditätsgeld beziehen, das höher als die Unterstützung der Lohnklasse 4, also 9,90 Mark pro Woche beträgt.

In diesem deutschnationalen Antrag ist ein Teil jener Wünsche enthalten, die die Unternehmerorganisationen aufstellen und die ihnen durch die Regierungserklärungen Brüderings und Willems bereits zugesichert wurden. Der Öffentlichkeit wird ein Presselampf vorgeführt, der sich zwischen den bürgerlichen und sozialdemokratischen Blättern abspielt. Die heftigsten Ausdrücke werden angewandt, und jede Seite versucht, daß sie unbedingt auf ihrem Standpunkt beharren werde. Die Gewerkschaftsvorstände lassen große Denkschriften verstreuen, in denen dieselben Leute, die noch vor wenigen Monaten für die Sonderfürsorge stimmten, und die den Erlaß der Reichsrenten deckten, ihre eigenen Beschlüsse als soziales Unrecht brandmarken.

Die Sozialdemokratie versucht den Anschein zu erwecken, als würde sie wirklich ernsthaft darauf, die Arbeitslosenunterstützung zu verteidigen, denn an dieser Frage sind Millionen Proletarier interessiert. Auf allen Gebieten haben die SPD-Minister und die Sozialdemokratie vor den Bürgerlichen den Rückzug angetreten. Aus diesem Grunde muß die SPD jetzt so tun, als vertheidige sie die Arbeitslosenunterstützung, weil eine zu offene Preisgabe ihre eigenen Anhänger zu stark enttäuschen würde.

Die Bürgerlichen wollen den Abbau und werden ihn durchsetzen, sie wollen, daß die Sozialdemokratie ihn vornimmt, um so die Möglichkeit zu haben, die von der SPD betrogenen Massen für die bürgerlichen Parteien zu gewinnen.

Es ist ganz gleichgültig, ob die sogenannte Reform auf dem Wege der vorübergehenden Vereinbarungen beschlossen wird, oder durch Abstimmung im Reichstago zur Entscheidung kommt. Die SPD wird dann, sei es durch Stimmoppositionelle Haltung zu wahren versuchen und gleichzeitig den Bürgerlichen die Möglichkeit geben, ihre Anträge durchzubringen. Die Doppelrolle, die die SPD schon früher bei der Krisenfürsorge, Invalidenversicherung, Kinderpflege spielte, wird sie auch hier wiederholen. Um die Minister für sich zu halten, wird die Unterstützung von hunderttausenden Arbeitern preisgegeben, 400 Millionen Mark Unterstützungssummen, die den Arbeitslosen, ihren Frauen und Kindern zugute kommen sollen, werden ihnen, damit die SPD-Regierungspartei bleiben kann, entzogen werden.

Die Arbeiter haben alle Ursache, genau aufzupassen und dürfen sich nicht täuschen lassen. Die Politik der Sozialdemokratie ist die des konsequenten Arbeiterbetrugs, das zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit auch bei dem gegenwärtigen Kampf um die Arbeitslosenunterstützung.

Schandstreik eines SPD-Arbeitsamtsvorsitzenden

Am Ende vergangenen Woche erhielt in Weimar ein Teil erwerbslose, ausgeleitete Kollegen ein Schreiben. In ihm wurden sie darauf aufmerksam gemacht, daß die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln in Zukunft nur noch davon abhängig gemacht wird, wenn sie die ihnen beim Stadtbauamt zugewiesene Arbeit leisten. Die Aufforderung enthält u. a. folgende Sätze:

„Sie sind verpflichtet, sich den Anordnungen des Herrn Stadtspektors Kettel oder seines Vertreters zu fügen und gute ordnungsgemäße Arbeit zu leisten. — Kommen Sie diesen Erwartungen nicht nach, so daß Ihre Entlassung wegen ungenügender Leistung erfolgen müßte, so machen wir Sie schon jetzt darauf aufmerksam, daß Sie dann keinen Anspruch auf weitere Unterstützung erheben können. — Gegen arbeitsunwillige Personen, die der öffentlichen Fürsorge anheim fallen, willige Personen, die der öffentlichen Fürsorge anheim fallen, muß in Zukunft das Verfahren auf Unterbringung in eine Arbeitsanstalt eingeleitet werden. — Damit Sie auch wirtschaftlich die Arbeit durchführen können, haben wir beschließen, Ihnen und Ihrer Familie während der Dauer der Arbeitszeit den erhöhten Richtsatz in der allgemeinen Fürsorge zu gewähren und außerdem als Zusatz für Sie selbst wöchentlich 5 Mark zu zahlen in Form eines Lebensmittelcheines. Der Lebensmittelchein wird Mitte der Woche an der Arbeitsstelle verabfolgt, vorausgesetzt, daß gegen Ihre Arbeitsleistungen keine Klagen bestehen.“

„Proz. Beigeordneter.“

Daraufhin hat sich der Weimarer Erwerbslose eine starke Erregung bemächtigt, als Protest gegen dieses Schanddokument des Wohlfahrtsbezernenten und SPD-Vorsitzenden Proz.

Durch einen derartigen Usus wird allen Schikanen und der modernen Sklaverei Tür und Tor geöffnet. Die ausgeleiteten Erwerbslosen sollen für Bettelbrosche und Lebensmittelcheine kämpfen. Proz ist ein klassisches Beispiel dafür, daß die sozialdemokratischen Führer die Steigbügelhalter der Reaktion sind.

Eine wichtige Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts zum Schwerbeschädigtengesetz

Das Reichsarbeitsgericht hatte sich in einer Sitzung in grundlegender Weise mit der Frage zu befassen, ob bei völliger Arbeitsunfähigkeit eines Schwerbeschädigten eine Lohnzahlungs-pflicht des Arbeitgebers bis zum Eintreffen der Rindigungsbestimmung seitens der Hauptfürsorgestelle besteht.

Entgegen der Auffassung des Landesarbeitsgerichts Berlin, daß eine solche Lohnzahlungs-pflicht nicht bestehe, sobald eine nicht unerhebliche Frist seit Einholung der Zustimmungserklärung seitens des Arbeitgebers verstrichen ist — im vorliegenden Rechtsstreit hatte man eine Frist von drei Monaten als erheblich und die Lohnzahlungs-pflicht anschließend erachtet — hat sich das Reichsarbeitsgericht auf folgenden Standpunkt gestellt:

„Das Reichsarbeitsgericht geht davon aus, daß nach dem Sinn und Zweck des Schwerbeschädigtengesetzes der Kündigungsschutz dieses Gesetzes nicht nur Bedeutung für den bloßen Bestand des Arbeitsverhältnisses hat, sondern auch für die Lohnfrage. Es hat daher in Uebereinstimmung mit der bisherigen Rechtsprechung angenommen, daß, solange nicht eine ordnungsmäßige Beendigung des Arbeitsverhältnisses stattfindet, auch der Lohnanspruch zu Recht bestehen bleibt.“

Barrikaden im „Bullenviertel“

Von Paul Körner

„Bullenviertel“ nennt man in Neukölln den Straßenblock Kopfstraße, Prinz-Handjery, Steinmehrs, Zietzen, Jägerstraße, Lessing- und Falkstraße. Es ist dies der Teil Neuköllns, in dem die Proleten fast aufeinander wohnen. Vom Keller bis in die Dachstube ist jeder Raum bewohnt. Am Tage sieht man in der Prinz-Handjery-Straße mehr Kinder auf dem Fahrbahn spielen, wie der Stadteil Jöhndorf im Westen überhaupt aufzuweisen hat. Naturnotwendig stellt das „Bullenviertel“ den größten Projektions des klassenbewußten Proletariats in Neukölln, was schon, rein äußerlich genommen, an proletarischen Feiertagen festzustellen ist. So wurden am 1. Mai in der Prinz-Handjery-Straße 132 rote Fahnen gezählt, in der Zietzenstraße, die kaum 80 Wohnhäuser hat, ebenfalls über 100. Kein Wunder, daß sich Jörgel's Gärten gerade diese Stelle aussuchten, um ihr Massaker anzuführen und ihren Blutdurst zu stillen. Und kein Wunder, daß sich die Arbeiter des „Bullenviertels“ nach dem Blutbad am 1. Mai verbarrickadieren, um das Eindringen der Polizeibestien zu verhindern.

Am 2. Mai, abends 11 Uhr. Taak, taak, taak, taak — knattert es die Hermannstraße entlang. Die Wände zittern vom Rollen der Panzerwagen. Das „Bullenviertel“ ist dunkel. Man sieht Arbeiter, die die wenigen Straßenlampen restlos ausmachen. Das Panzerauto knattert und stößt plötzlich. Eine Barrikade verwehrt den Weg. Das graue Ungelüm schlängelt sich durch die Reinecke, um von der anderen Seite das „Bullenviertel“ anzuweisen. Aber hier, in der Höhe der Zietzenstraße, steht ebenfalls eine aus Baumstämmen hergestellte Vorbarrikade, dahinter eine stabile, die nicht zu durchbrochen ist. Ein Muster im Barrikadenbau. Mit einigen Waffen hätte man sie tagelang halten können, aber sie hatte hier den Zweck, den Jörgel'schen Blutbunden den Zugang zum „Bullenviertel“ zu verstellen, denn die Arbeiter, die den Barrikadenbau vornahmen, hatten nicht die geringsten Waffen.

Zwischen dem vereinzelt klirren der Lampenplättchen und dem Knacken der Schiffe vernimmt man Rufe:

„Ho rüd, ho rüd.“

Ein Stapel von riesigen T-Trägern, die für den Bau der Untergundbahn Verwendung finden sollen, liefern gutes Material. Ein Träger wiegt über 20 Zentner. Dennoch muß er der

Kraft von fünf bis acht wuterfüllten Arbeitern nachgeben.

„Schlag die Knade ab und dann eine Hebebaum angeheht.“

„Ho rüd, ho rüd.“

„Ja, doch mal noch einer mit an, das schwere Biest will nicht weichen.“

Tak, tak, tak, tak, tak.

Ein paar vorbeikommende Proleten drücken mit ihren Brillen gegen den Hebel, daß die Lungen leuchten.

„... müssen am Tage schuften, kommt auf ein paar Minuten hier gar nicht an.“

Der Träger fällt vom Stoß. Rollen aus dem genügend vorhandenen Baumaterial bringen ihn weiter, legen ihn quer über den Damm. Erstklassig die Schnelligkeit des Transportes trotz der Hindernisse. Ratten, Pöhlen, Pfähle, Teertonnen, Balken, Rundhölzer, Fode, Bretter, Säune, Sperträngen stapeln sich im Nu auf. Ueber Manneshöhe ist die Barrikade gemacht.

Das Feuer aus der Ferne stört die „Bullenviertel“-Arbeiter nicht. Sie schleppen weiter herbei, stapeln weiter auf, immer höher.

Die Polizei versucht von anderen Stellen heranzukommen. Aber überall hat man den Weg verstopft. Dort liegt eine Wäheleise quer über die Straße. Mit einer Wäheleise hat man sie umgerissen. Kleingelitten. Pflastersteine sind aufgeschichtet, Säune gefällt und über die Straße gepackt.

„Habt ihr denn was zum Schießen?“ fragt einer.

„Ja, Steine.“ antwortet der andere.

„Wenn wir Waffen hätten, dann ... wir sperren ja nur ab.“

Oder sollen wir uns hier von den Bluthunden zusammenknallen lassen?“

Mitternacht. Auch die Bürgersteige sind verrammelt. Keiner kann vorüber. An der Zietzenstraße steht ein junger Arbeiter mit der Latte in der Hand vor der Barrikade und regelt den Verkehr, indem er die anfahren den Taxen durch die Herfurthstraße ableitet.

Trotz der finsternen Nacht wächst die Masse auf der Straße. Die Polizei traut sich nicht heran, macht zwar noch einmal den Versuch, mit dem Panzerauto heranzurücken, drängt aber die Arbeiter nur für Minuten zurück. Bald kommen sie wieder. Wenn das Panzerauto von der einen Seite versucht, an die Barrikaden heranzukommen, schießen die Arbeiter an einer anderen Stelle die Barrikaden weiter auf.

Immer wieder fallen einige Schüsse und Salven aus der Ferne. Die Barrikaden stehen wie Mauern. Allmählich ziehen sich der Erbauer zurück. Sie haben ihre Viertel gegen die Banden des Sozialfaschisten Jörgel abgeperert. Andere Aufgaben sind hier nicht mehr zu lösen. Das muß anders, das muß geschlossen gemacht werden, nicht nur im „Bullenviertel“ von Neukölln und Wedding.

Nichtsdestoweniger schießt die Polizei blindlings nach allen Richtungen. Und man versteht nicht, warum sie auch am Tage des 3. Mai ununterbrochen schießen, ganz gleich wohin, obwohl sich niemand zur Wehr setzt, niemand daran denkt, bewaffneten Widerstand zu leisten. Es ist ein Kampf gegen einen unsichtbaren Feind, gegen niemand. Unahörlich knallen die Schüsse, ohne auch nur einen Grund zu haben.

Die Polizei hat das „Bullenviertel“ besetzt, die Barrikaden mühselig weggeräumt und schießt und schießt, rauf durch die Straßen und hallert blindlings um sich, viele Frauen und Männer als neue Opfer auf dem Schlachtfeld lassend. Überall finden getroffen die Passanten um, verbluten oder müßig vermunbet weggeschleppt werden. Die Polizei schießt weiter, ohne zu wissen, auf wen. Das sind Jörgel's „Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung“.

Selbst die Spießbürger lassen sich an den Kopf und fragen: „Warum wird hier geschossen, warum?“

Die Barrikaden sind weg. An deren Stelle stehen Maschinen-gewehre und „Spanische Keiler“. Salven rattern durch die Straßen ohne vorherige Warnung, ohne zu mahnen. Die Polizeiwil für herrscht in brutalster Form, so daß man keinen Unterschied zwischen demokratischem und faschistischem Terror kennt. An allen Ecken liegen Blutlachen, von diskutierenden Arbeitern umstellt.

„Ich glaubte nie, daß ein anderer Sozialdemokrat außer Klose ein Bluthund werden könnte — Jörgel ist es auch geworden.“ hört man die Leute sagen.

Die Blutplaten der Sozialdemokratie gehen nicht mehr abzuweichen; wir gehen nach links, wo die „Bullenviertel“-Arbeiter stehen — ist die Meinung der empört in den Straßen diskutierenden Arbeiter. Vorzeichen dafür, daß die Zeit näher kommt, wo nicht nur im „Bullenviertel“ Neuköllns, sondern überall, wo Arbeiter, Ausgebeutete, Entrechtete wohnen, zum Barrikadenbau scheitern werden. Sie werden Barrikaden bauen, nicht nur zum Abperren, sondern zum Angriff.

Freital-Pölschnappel

Freital-Deuben

P. Börnerl, Turnersstr. 7 Wäsche u. Bettfedern billigs! 5% Rabatt 5% Rabatt

Schuhwarenhaus Obermann Größte Auswahl! Mozartstr. 1 Niedrigste Preise!

Garderobe kaufe nur von Sobe Spezialhaus für Herren- und Knaben-Bekleidung

Helene Fischer

Freitaler Hut-Fabrik

Bergraffler-Deuben

Kaufhaus Fortuna

Freitaler Bauern-Museum

Heinrich Dittrich

Albert Jurich

J. Anton, Obere Dresden Str. 138

Winklers Fahrradhaus

Meierei-Genossenschaft

Feintextwarenfabrik Bruno Müller

Wilhelms Wäschf. Unt. Dresden Str. 107

Referiert 101

Th. Schneider

Freitaler Reinigungs-Anstalt

Kraibitz Nachl. Herren-Moden

Rohschlichterei

Molkerei

Freital-Zauderode

Freital-Döhlen

Bergeller Niederpfefferwieg

Wild - Geflügel - Feinkost

Alwine Grähler

Richard Gansauge

Krilles Gasthof / Döhlen

Carl Paul

Möbel

Kurt Hindhelm

M. Kiebling

H. A. Pölmann

Restaurant Zur frohen Schicht

Heders Milchhof

Gluckauf-Schänke

Freital-Niederhäslich

Brand-Erbisdorf

Möbel

Otto Silbermann

Freital-Burgk

Freital-Birkigt

Freiberg

Lebensmittel

Schuhhaus Fischer

Richard Müller

Freital-Rippien

Freital-Pessendorf

Louis Köhler

Max Schachlich

Freital-Weißig

Freital-Bannewitz

Freital-Rippien

Coßmannsdorf

Restaurant Bergschlößchen

Bergteller Weißig

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

Restaurant Lindenberg

Gäbler G.

Calé / Bäckerei / Konditorei

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

B.C. Ballsäle

Kästner & Michael

Freital-Tharandt

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

Schönster Ausflugsort

Anna Kircht, Nebenauer Straße 24

Freital-Tharandt

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

Waldes- und Kuchengeschäft

Richard Vink

Freital-Tharandt

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

Freitaler Hut-Fabrik

Lebensmittel

Freital-Tharandt

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

Freitaler Hut-Fabrik

Freitaler Hut-Fabrik

Freital-Tharandt

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

Freitaler Hut-Fabrik

Freitaler Hut-Fabrik

Freital-Tharandt

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

Freitaler Hut-Fabrik

Freitaler Hut-Fabrik

Freital-Tharandt

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

Freitaler Hut-Fabrik

Freitaler Hut-Fabrik

Freital-Tharandt

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

Freitaler Hut-Fabrik

Freitaler Hut-Fabrik

Freital-Tharandt

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

Freitaler Hut-Fabrik

Freitaler Hut-Fabrik

Freital-Tharandt

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

Freitaler Hut-Fabrik

Freitaler Hut-Fabrik

Freital-Tharandt

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

Freitaler Hut-Fabrik

Freitaler Hut-Fabrik

Freital-Tharandt

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

Freitaler Hut-Fabrik

Freitaler Hut-Fabrik

Freital-Tharandt

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

Freitaler Hut-Fabrik

Freitaler Hut-Fabrik

Freital-Tharandt

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz

Freitaler Hut-Fabrik

Freitaler Hut-Fabrik

Freital-Tharandt

Freital-Pessendorf

Freital-Bannewitz